

# B. Z. am Montag

DEUTSCHLAND  
SCHWEIZ  
HOLLAND  
BELGIEN  
LUXEMBURG

ÖSTERREICH  
SCHWEDEN  
NORWEGEN  
DÄNEMARK  
FINNLAND

## Brasilianische Zeitung

JORNAL BRASILEIRO NA SEGUNDA-FEIRA

1. Jahrgang Nr. 1

São Paulo - 30. Juni 1958

Einzelausgabe des Wochenblattes Cr\$ 10,00

## Revolutionäre beherrschen Grossteil Libanons

### Rückblick

Was mich am allermeisten beeindruckt hat beim Abhören der Bundestagsdebatte, das waren die Worte unseres allverehrten Bundeskanzlers, als er voll tiefsten Ernstes sagte: "Wir leben in einer grausamen Welt, in einem schrecklichen Zeitalter. Wir leben in einer Zeit, wie es sie, so glaube ich, noch niemals gegeben hat, soweit das geschichtliche Denken reicht. Ich bin aber der Auffassung, dass uns gerade diese Tatsache verpflichtet, diese ganzen Fragen mit aller Ruhe, mit aller Sorgfalt und mit aller Nüchternheit zu überlegen und zu prüfen."

Man redet so leicht von "Leben und Tod" und von "Existenzfragen", ohne sich den allertiefsten Sinn dieser Worte genau zu überlegen. Wenn es je eine Existenzfrage für Deutschland, ja für die ganze Welt gegeben hat, so ist es die, über die der Bundestag vier Tage lang so heftig debattiert hat. Und da hat mich der tiefe sittliche Ernst, mit dem unser allverehrter Herr Bundeskanzler diese Worte sprach, ungemein berührt: Welche Konsequenzen er immer ziehen zu müssen glaubt - er war sich in diesen Tagen der ungeheuerlichen Schwere der Frage und ihrer Entscheidung sichtlich voll bewusst.

Man hat seine Worte am Rundfunkempfänger gehört und sie nach dem Bundestagsstenogramm zitiert, damit es ja keinen Zweifel gibt. Und einem weiteren Bericht von dpa entnimmt man, dass der Herr Bundeskanzler dann in einer Sitzungspause, im Bundestagsrestaurant, offenbar immer noch unter dem unmittelbaren Eindruck des Ernstes der Lage und seiner Worte und seiner Entscheidung, einem Journalisten auf die Manschetten sein Autogramm gegeben hat; dass er einem anderen Journalisten launig sagte: "Also, Sie können auch Botschafter werden, oder Generalkonsul, vielleicht in Liberia oder sonstwo bei den Negern"; und dass er schliesslich, als das Klingelzeichen zur Fortsetzung der Debatte ertönte, wiederum "gutgelaunt" meinte: "Jetzt muss ich aber jehen, um mal zu hören, was und wie ich abstimmen muss, damit ich nix falsch mache, sonst wird der Herr Krone böse mit mir."

— Gewiss, schon Shakespeare hat die dramatischen Momente gelegentlich durch ulkige Intermezzi mit deftigen Spässen unterbrochen; aber Anfänger, der er war, hat er geglaubt, diese Spässe Nebenpersonen wie dem Falstaff und der Frau Hurlig in den Mund legen zu müssen.

Da scheint einem denn doch, der "Manchester Guardian" habe des erlösende Wort gefunden! Er schreibt nämlich: "Man kann Adenauer nicht dafür tadeln, dass er die Zustimmung des Bundestages gesucht hat; er hält damit nur Schritt mit den Planungen der NATO, wobei er versucht, die gegen die Kernwaffen gerichteten Gefühle der Opposition zu beschwichtigen".

Mhm - das ist ziemlich genau der Eindruck, den Millionen Rundfunkhörer bekommen haben: Dass es sich um "Gefühle" handelte und dass sie "beschwichtigt" werden sollten.

Und (aber das schreibt nicht der "Manchester Guardian", das schreiben wir) dass es höllisch schief gegangen ist.

Wir glauben beim General Norstad, dem Oberkommandierenden der NATO, keineswegs an einen lapsus linguae, als er kürzlich bei einem Vortrag über die militärpolitische Lage folgendes schöne Bild gebrauchte: "Wenn die Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West zum Scheitern verurteilt sind, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als den Stier am Schwanz zu fassen und ihm scharf in die Augen zu sehen."

Da gibts gar nichts zu lachen, und der hat sich auch nicht versprochen: Wir finden, das ist eine ausgezeichnete Charakterisierung der gesamten NATO-Planung!

Und ausserdem eine authentische.

## Konferenz zwischen Abdul Yafit und Maud Ammoun

Der ehemalige mohamedanische Ministerpräsident Abdul Yafit und der Chef der christlichen Opposition, Maud Ammoun, hielten heute eine Konferenz ab, um die Lage der nationalen revolutionären Front zu besprechen.

Yafit erklärte, dass über 300 Soldaten der jordanischen und irakischen Armee, in Uniform der betr. Länder, auf Seite der libanesischen Regierung stehen. Man nimmt an, dass Jordanien, der Irak und die Türkei in der libanesischen Angelegenheit intervenieren, um Präsident Chamoun zu helfen.

Flugzeuge, Artillerie und Spähwagen gegen die Revolutionäre eingesetzt.

BEIRUT: Jadflugzeuge, Artillerie und Panzerspähwagen kamen heute den libanesischen Truppen im Gefecht gegen die Revolutionäre zu Hilfe. Die stürmischste Schlacht spielte sich im Stadtteil Mucuimaro de Basta in Beirut ab. Panzerspähwagen dragen gegen die Barrikaden vor und verdrängen die Revolutionäre auf den Monte Tereol. Grossangriffe wurden gegen die Truppen der Regierung geführt, welche sich in einer Minderheit von 1 : 5 befanden. Weitere Kämpfe fanden im Orte Rachaya im Tale von Bekaa, südlich von Libanon, statt. Die Garnison der Regierungstruppen dieses Ortes schlug die Angriffe der Revolutionäre zurück.

## Bonn will Rüstungskäufe vorsorglich einschränken

Abkommen über die Stationierungskosten verändert Finanzplan

Die Rüstungskäufe für die Bundeswehr werden wegen der nicht eingeplanten Stationierungskosten für Grossbritannien vorsorglich gebremst werden.

Die Einschränkung der Panzerkäufe ist, wie das Ministerium feststellte, nur ein Beispiel für die neuen Überlegungen, die mit der Weiterzahlung von Stationierungskosten und auch mit dem NATO-Beschluss über die Modernisierung und Umrüstung der Streitkräfte verbunden sind.

Ein Sprecher des Aussenministeriums verteidigte die Zustimmung der Bundesregierung zu dem neuen Abkommen über die finanzielle Unterstützung Grossbritanniens mit dem Hinweis, die Regierung habe sich im Laufe der langjährigen Verhandlungen von der Notwendigkeit überzeugen lassen, dass eine wirksame Devisenhilfe auch Barzahlungen enthalten müsse. Mit den Zahlungen an London habe Bonn sich nicht darauf festgelegt, auch anderen Staaten Geld für den Unterhalt der Truppen zu geben.

Frankreich hat wegen weiterer Zahlungen bereits ein NATO-Überprüfungsverfahren beantragt. Die amerikanische Forderung, für das Haushaltsjahr 1957 noch einmal 325 Millionen DM zu zahlen, ist in diesen Tagen von der Bundesregierung beantwortet worden. Bundesausserminister Brentano, der den Bundespräsidenten zum Staatsbesuch in den Vereinigten Staaten begleitete, wird darüber voraussichtlich in Washington noch verhandeln. Die Regierung hatte dem Parlament angedeutet, unter Umständen wolle sie den Amerikanern eine vorzeitige Rückzahlung von Schulden anbieten, wie sie den Engländern gewährt wird.

Rund eine Milliarde DM wird Grossbritannien im Rechnungsjahr 1958 aus dem Haushalt des deutschen Verteidigungsministeriums erhalten, wenn die deutsch-britischen Vereinbarungen von den Parlamenten gebilligt werden. Dieser Betrag besteht aus 600 Millionen DM Vorauszahlungen auf Rüstungskäufe, aus 144 Millionen barer Haushaltshilfe für Grossbritannien u. aus 270 Millionen DM vorzeitigen Schuldentrückzahlungen.

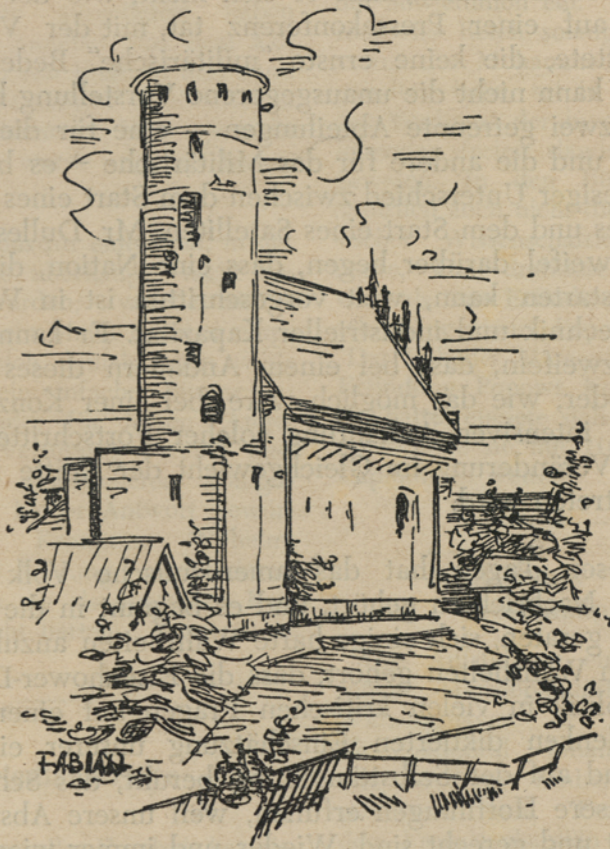
Um die Kürzung des deutschen Verteidigungshaushalts zugunsten Grossbritanniens abschätzen zu können, muss von der einen Milliarde DM der Betrag abgezogen werden, der ohnehin in diesem Rechnungsjahr für Rüstungskäufe in Grossbritannien fällig geworden wäre. Das Verteidigungsministerium konnte diese Zahl am Freitag nicht nennen.

Insgesamt rechnet man im Verteidigungsministerium mit Rüstungskäufen im Umfange von 800 Millionen DM in Grossbritannien. Von diesem Betrag sind bereits 200 Millionen bis 250 Millionen DM bezahlt. Es ist deshalb damit zu rechnen, dass die nun vorausgezählten 600 Millionen DM tatsächlich im Laufe der nächsten Jahre für Rüstungskäufe verwendet werden. Die göstigen Beträge machen dabei im einzelnen die Lieferung von Schützenpanzern, Luftwaffengerät und Motoren aus.

Der Unterhalt von 55 000 Mann in der Bundesrepublik führte nach einer Mitteilung der britischen Botschaft in Bonn bis zum 31. März 1959 zu einer Devisenbelastung Grossbritanniens in Höhe von 420 Millionen DM. Dazu kommen private Ausgaben der Soldaten und ihrer Angehörigen in Deutscher Mark. Die Tatsache, dass Bonn nahezu rund eine Milliarde DM zur Verfügung stellen will, beruht darauf, dass es Vorauszahlungen schon für drei Jahre leistet. Neu gezahlt werden müssen auf Grund der getroffenen Vereinbarungen in den nächsten beiden Jahren je 144 Millionen DM.

Die Sozialdemokraten ziehen aus den Vereinbarungen mit Grossbritannien den Schluss: "Die Bundesrepublik wird als Land zweiter Klasse behandelt". In keinem anderen Lande, in dem NATO-Truppen stationiert seien, würden an den Entsenderstaat Gelder, bezahlt. Alles in allem habe die Bundesrepublik seit Bestehen der NATO für die Stationierung fremder Streitkräfte rund zehn Milliarden DM aufbringen müssen.

VERGESSENES LAND...



Ordensburg Allenstein/Ostpreussen

... WIR VERGESSEN NICHT!

## INHALTSVERZEICHNIS:

Blatt 1	Politik
Blatt 2	Weltpolitik
Blatt 3	Deutschland
Blatt 4	Aus der Geschäftswelt
Blatt 5	Brasilien
Blatt 6	Aus der Geschäftswelt
Blatt 8	Schweiz
Blatt 9	Skandinavien - Benelux - Österreich
Blatt 10	Unterhaltung - Roman
Blatt 11	Aus der Gesellschaft
Blatt 12	Aus der Geschäftswelt
Blatt 13	Was SIE interessiert
Blatt 14	Kunst - Wissenschaft
Blatt 15	Sport
Blatt 16	Weltspiegel

## IN KÜRZE:

- **Fussball-Weltmeisterschaft:**  
Brasilien gewann die Fussball-Weltmeisterschaft im Endspiel gegen Schweden mit 5 : 2 Toren.
- **Korrespondenz der Präsidenten:**  
RIO: Argentinien's Staatspräsident Dr. Frondizi ist mit einer Konferenz der amerikanischen Staatschefs einverstanden.
- **Britischer Diplomat aus der Tschechoslowakei ausgewiesen**  
LONDON: Ein britischer Diplomat ist aus der CSR ausgewiesen worden. Man nimmt an, dass die tschechische kommunistische Regierung diese Massnahme als Repressalie ergriff, weil ein tschechischer Militär-Attaché in einen Spionageprozess in England verwickelt wurde. Der tschechische Gesandte in London meldet, dass der 2. Sekretär der englischen Botschaft in Prag - Eric Page Bedford - ausgewiesen wurde, weil man ihn bei Spionage überrascht hatte.
- **Staatsbesuch von Präsident Nasser**  
Präsident Nasser der Vereinigten Arabischen Republik trifft heute zu seinem angekündigten Besuch in Jugoslawien ein. Er machte die Reise an Bord der Staatayacht Hourrya ("Freiheit").
- **Britischer Protest**  
Grossbritannien protestiert energisch bei der sowjetischen Regierung, weil letzten Mittwoch ca. 30 russische Seeleute auf einer der Shetlandinseln illegal an Land gegangen seien, um den estländischen Flüchtling Erich Tean wieder einzufangen, der von einem sowjetischen Fischdampfer aus entwichen war. Tean wird z. Zt. in Edinburg von der britischen Polizei verhört. Man erwartet von ihm Aufklärung über die Tätigkeit der ca. 300 russischen Fischereifahrzeuge in unmittelbarer Nähe der britischen Hoheitsgrenze.

# Weltpolitik

## DEUTSCHLAND – POLITIK AMERIKAS UN-VERANTWORTLICH

Ein paar Tage nach dem Sputnik-Start verliess Mr. Dulles Washington und begab sich zu einem langen Wochenende auf seine einsame Enten-Insel. Das war vernünftig, wenn es bedeutete, dass er – anstatt Erklärungen abzugeben – sich Zeit nahm, um gründlich darüber nachzudenken, ob und wie die Bedeutung des Sputniks sich auf die Position der Vereinigten Staaten in der Welt auswirkt. Wir müssen annehmen, dass er sich nicht, wie der Präsident es auf einer Pressekonferenz tat, mit der Vorstellung tröstete, die keine ernste "militärische" Bedeutung habe. Er kann nicht die unausgegorene Vorstellung hegen, es gäbe zwei getrennte Abteilungen – eine für die Wissenschaft und die andere für das Militärische – es bestünde ein riesiger Unterschied zwischen dem Start eines Ferngeschosses und dem Start eines Satelliten. Mr. Dulles kann keinen Zweifel darüber hegen, dass eine Nation, die den Sputnik starten kann, weit vorgeschritten ist in Wissenschaft, Technik und industrieller Kapazität. Er kann auch nicht bezweifeln, dass bei einem Andauern dieses Fortschritts oder, wie das möglich wäre, bei einer Konzentration und intensiven Anhäufung solcher Fortschritte eine radikale Veränderung im Gleichgewicht der Kräfte in der Welt eintreten wird.

In diesen Tagen hat das amerikanische Volk viele schlechte Nachrichten gehört, und es beginnt in die Stimmung zu geraten, sich einige harte Wahrheiten anzuhören. Zu diesen Wahrheiten gehört, dass die Eisenhower-Dulles-Aussenpolitik in vielen kritischen Fragen auf einer vom Wunschenken diktierten Einschätzung unserer eigenen Macht und auf der Selbsttäuschung beruht, das Schicksal müsse unsere Hoffnungen erfüllen, weil unsere Absichten ehrenhaft und gerecht sind. Wieder und immer wieder ist die Eisenhower-Dulles-Politik nichts anderes als eine Weigerung, die Tatsachen des Lebens anzuerkennen.

Eine Politik, die nicht auf Realitäten fusst, muss Ziele haben, die unerreichbar sind und die Konsequenzen nach sich ziehen wird, die nicht vorgesehen waren.

So beruht unsere Chinapolitik zum Beispiel auf der Vorstellung, dass wir Peking nur zu boykottieren brauchen, dass diese Regierung schliesslich zusammenbricht, gestürzt wird oder kapituliert. Während wir auf eines dieser Happy Ends warten, subsidieren wir eine chinesische Regierung auf Formosa, die niemals die Regierung Chinas sein kann und die ganz offensichtlich im Zerfall begriffen ist. Wegen dieser grundlegend falschen Einschätzung der Realitäten der Macht in Ostasien ist unser Prestige schon lange vor dem Sputnik-Start auf dem absteigenden Ast gewesen. Denn unsere Ziele sind zweifellos gerecht. Aber in den harten und sauren Realitäten der Weltpolitik sind gute Absichten noch längst keine Politik.

Unsere Deutschland-Politik, die weitgehend von Dr. Adenauer beherrscht wurde und wird, beruht auf der kuriosen Vorstellung, dass Russland zu einer Kapitulation gebracht werden kann Ostdeutschland von Westdeutschland überschlucken zu lassen und zuzuschauen, wie ein wiedervereinigtes Deutschland als stärkste Militärmacht in die NATO aufgenommen wird. Wenn es einen einzigen verantwortlichen und informierten Mann gibt, der privat und unter Ausschluss der Öffentlichkeit an dieses Märchen glaubt, dann habe ich ihn nie kennengelernt. Die meisten, die erklären, sie glaubten daran, glauben in Wirklichkeit, dass es ganz gut ist, wenn Deutschland nicht wiedervereinigt wird. Eine Deutschland-Politik, die so unrealistisch und so zweideutig ist, muss auseinanderbrechen. Das liegt im Wesen der Dinge begründet. Aber wir haben keine andere Deutschland-Politik.

Unsere Mittelost-Politik beruht auf der aussergewöhnlichen Vorstellung, Russland, die grösste an den Mittleren Osten grenzende Macht, könne wie das zaristische Russland in den Tagen der Vorherrschaft Grossbritanniens ausgeschlossen werden. Wegen dieses grundlegenden Irrtums kann keine Politik, die wir im Mittleren Osten unternehmen, wirklich Erfolg haben. Denn Russland kann nicht ausgeschlossen werden, und mehr noch: die arabischen Staaten, die auf beiden Seiten der Strassen zugleich aktiv sein möchten, widersetzen sich einer Ausschliessung Russlands.

Das gemeinsame Kennzeichen der China-, der Deutschland- und der Mittelostpolitik ist die entscheidende Annahme, unsere Macht und unser Einfluss seien so gross, dass unsere Gegner – Russland und China – kapitulieren müssten. Da sie keinerlei Anstalten machen, zu kapitulieren, da im Gegenteil viele Anzeichen darauf hindeuten, dass sie an Macht gewinnen, haben wir keine Politik bereit, über die man verhandeln kann. Das führt dann zu dem Resultat, dass nur ein Ereignis, wie der Start des Sputnik zu beweisen braucht, dass wir weit davon entfernt sind, allmächtig zu sein, um unser Prestige und unseren Einfluss bis in die Grundfesten zu erschüttern.

### Weitere 10.000 rücken ab

Grossbritannien hat beschlossen, seine in der Bundesrepublik stationierten Truppen bis zum März 1960 um 10.000 Mann auf insgesamt 45.000 Mann zu verringern, verlautete aus diplomatischen Kreisen.

Die weitere Verminderung der britischen Rheinarmee bedarf noch der Zustimmung der NATO-Verbündeten, die Bundesregierung hat dem Abzug der 10.000 Mann im Zusammenhang mit der Regelung der Stationierungskosten schon zugestimmt.

### Die sowjetische Bomberflotte

Die strategische sowjetische Bomberflotte, die unter der Abkürzung "DA" (Dalnaia Aviatsija) das Gegenstück zum strategischen Luftkommando (SAC) der Amerikaner bildet, wird nach Ansicht der halboffiziellen britischen Luftwaffenzeitschrift "Flying Review" in kurzer Zeit imstande sein, mit Atomwaffen aller Typen eine grosse Offensivkraft zu entwickeln. "DA" sei zur Zeit zwar noch kleiner als "SAC", vor allem in der Zahl der Fernbomber und Lufttankflugzeuge, die Sowjets wollen diese Nachteile aber mit Vorrang bis zum nächsten Jahre ausgleichen.

In der "Flying Review" heisst es weiter, die Angriffstechnik der sowjetischen Verbände könne man wahrscheinlich mit der amerikanischen Bomber gleichsetzen. Die Stärke von "DA" wird zur Zeit auf etwa 1.500 Mittel- und Langstreckenbomber geschätzt, die auf 30 bis 40 weit aus einanderliegenden Stützpunkten, in den osteuropäischen Ländern stationiert seien.

### Zu Tode geprügelt

Nach Wiener Presseberichten hat die österreichische Polizei in der Steiermark drei jugoslawische Flüchtlinge verhaftet. Sie hatten einen österreichischen Landarbeiter, der in einem Gasthaus "Heil Hitler" gerufen haben soll, so verprügelt, dass er an den erlittenen Verletzungen gestorben ist.

### Zunahme in Grossbritannien

Die Zahl der Arbeitslosen hat in Grossbritannien von Mitte April bis Mitte Mai entgegen der Saisonentwicklung noch weiter zugenommen. Allerdings war die Zunahme um 4000 Personen gering. Immerhin ist die

Zahl von 448.000 Arbeitslosen in der Nachkriegszeit nur zweimal übertroffen worden. Gemessen an der Gesamtzahl der Beschäftigten entsprach die Arbeitslosigkeit Mitte Mai einer Arbeitslosenquote von 2,1 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit in den USA ist im Mai gegenüber April um 216.000 auf 4,9 Millionen zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote fiel damit von 7,5 Prozent auf 7,2 Prozent im Mai. Dieses war der erste Rückgang seit Beginn der Rezession im letzten Sommer. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im Mai um 1,2 Millionen auf 64,1 Millionen.

### Chruschtschew greift die Juden an

Der sowjetische Ministerpräsident und Parteisekretär Chruschtschew hat in einem Interview mit der Pariser Zeitung "Le Figaro" die Juden als eine Rasse bezeichnet, die nicht fähig sei, eine stabile politische oder kulturelle Gemeinschaft zu bilden. Sie spielten in Israel "den Imperialisten und den Feinden der sozialistischen Nationen" in die Hände.

Chruschtschew gab in seinem Interview zu, dass der Versuch der Sowjetunion, die Juden im Gebiet von Birobidschan in Ostsibirien anzusiedeln, ein Fehlschlag gewesen sei. Er sagte, die Gründung einer Heimstätte für die Juden sei ein "bemerkenswertes Entgegenkommen der Sowjetregierung" gewesen, trotzdem hätten die jüdischen Siedler Birobidschan "aus historischen Gründen" abgelehnt.

Die Juden seien stets Handwerker gewesen, erklärt Chruschtschew. Sie liebten keine kollektive Arbeit und keine Gruppendisziplin. Sie wollten stets in der Zerstreuung sein, denn sie seien Individualisten und Intellektuelle.

Die Tatsache der Staatsbildung in Israel umging Chruschtschew mit der Bemerkung, dass er in seinen Darlegungen den "neuen Staat Israel beiseite lassen" wolle.

### Stärkere Radioaktivität

Ein beträchtliches Ansteigen der Radioaktivität in der Luft und im Regenwasser während der letzten Zeit wird aus der Schweiz, den Niederlanden und Italien gemeldet. Die erhöhte Radioaktivität wird hauptsächlich

auf die Atomwaffenversuche zurückgeführt.

Während in Holland und in der Schweiz erklärt wird, dass die stärkere Radioaktivität für den Menschen keine wahrnehmbaren schädlichen Folgen habe, will der Bayreuther Kinderarzt Dr. Karl Beck beobachtet haben, dass sich sieben oder acht Monate nach einer Atombombenexplosion die Zahl der Missbildungen bei Neugeborenen verdreifacht. Dr. Beck hat seine Beobachtungen in einem medizinischen Fachblatt veröffentlicht.

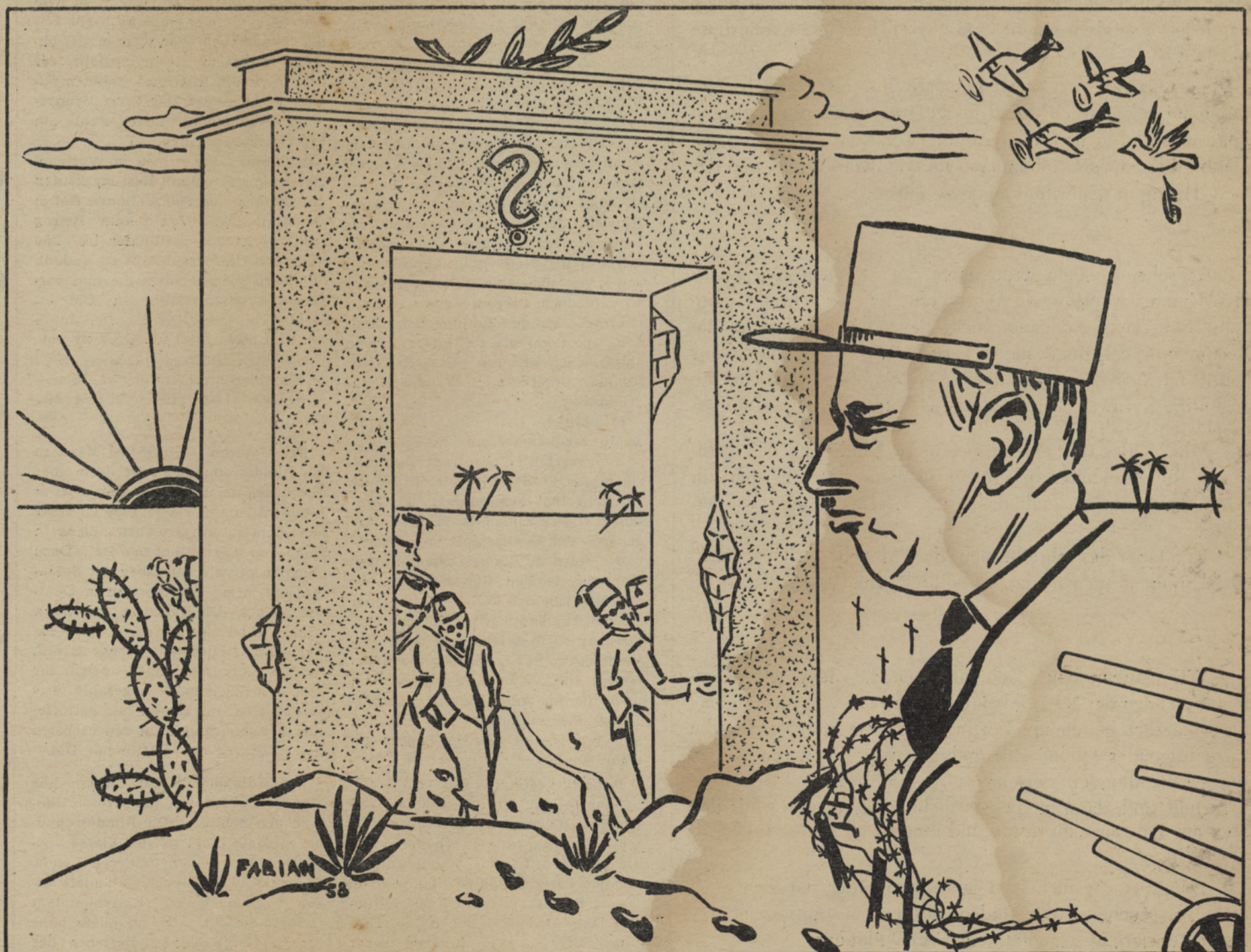
### Sondereinheiten in Westeuropa

Der Oberkommandierende der Nordatlantikpaktorganisation (Nato), General Norstad, hat angekündigt, dass in den nächsten zwölf bis achtzehn Monaten voraussichtlich sechs bis zehn mit Mittelstreckenraketen ausgerüstete Sondereinheiten in Westeuropa stationiert würden. Jede dieser Einheiten werde über fünfzehn Raketen mittlerer Reichweite verfügen. Ueber die Stationierung dieser Einheiten in Westeuropa sei auf der Nato-Konferenz in Paris Einigung erzielt worden.

General Norstad sagte weiter, vom militärischen Standpunkt aus sei es weder erforderlich noch wünschenswert, dass in allen westeuropäischen Nato-Staaten Raketen-Einheiten stationiert seien. Die Reichweite der Raketen erlaube es, diese Einheiten an jedem beliebigen Ort zu stationieren. Hierdurch werde die Abschreckungskraft des Westens erheblich gestärkt. Die Möglichkeit, einen Krieg zu verhindern, wird nach Norstads Meinung dadurch "erheblich vergrössert" werden. Auf die Frage, ob seiner Ansicht nach ein Staat, der die Stationierung von Raketeinheiten auf seinem Gebiet zulässt, hierdurch die Gefahr eines Vergeltungsangriffs auf sich ziehen werde, sagte Norstad, er glaube, dass im Falle eines Krieges alle Staaten des Bündnisses und auch einige Staaten, die dem Bündnis nicht angehören, der Gefahr eines Angriffes ausgesetzt seien.

Die Bereitschaft zu neuen Verhandlungen mit der Sowjetunion bezeichne Norstad als ein Zeichen der Stärke, nicht der Schwäche des Westens. Der Westen müsse für alle Möglichkeiten einer Verringerung der Spannungen offen sein.

xxx



Geht die Sonne auf oder unter ?

# Deutschland

## DER MANN NACH ADENAUER

Es ist gut, wenn die Frage "Was wird nach Adenauer?" in aller Offenheit diskutiert wird. Der christlich-demokratische Bundestagsabgeordnete Ernst Müller-Hermann schrieb das vierzehn Tage, bevor die Freien Demokraten in mitternächtlicher Stunde mit der verblüffenden Forderung vor die von viertägiger Redeschlacht erschöpften Bundestagsabgeordneten traten, es sollte eine Allparteienregierung unter einem anderen Christlichen Demokraten gebildet werden. Schon tags darauf, als sich diese Granate als Rohrkrepiere erwiesen hatte, de seinen Vorstoss einschränkend, mit ihm solle beizeiten das Nachinterpretierte der freidemokratische Fraktionsvorsitzende Erich Menfolgeproblem aufgeworfen und zu verstehen gegeben werden, dass die Opposition ihre 210 Stimmen bei einer ja geheimen Kanzlerwahl vielleicht entscheidend in die Waagschale werfen könne. Akut, so fügte er hinzu, werde das aber alles erst werden, wenn Konrad Adenauer durch den Tod besiegt werde.

Es wäre höchst seltsam, wenn die Frage, wer einst den weitgeschnittenen Mantel Adenauers tragen soll, erst durch diesen Vorstoss der Opposition die Abgeordneten jener Fraktion bewegen würde, aus deren Reihen der Kanzlerkandidat kommen wird. In Wahrheit ist sie seit jener schweren Krankheit, die Adenauer im Herbst 1955 überfiel, nicht aus dem Bewusstsein der Abgeordneten der Unionsparteien verdrängt worden. Was bis dahin noch einem respektvollen Tabu in den eigenen Reihen des Kanzlers unterlegen war, ist seitdem häufig in sehr offenen Gesprächen erörtert worden. Adenauer selber beschäftigt sich häufig mit ihr. Aber er hat nicht mit dem Finger auf einen Mann seiner Fraktion gewiesen, um ihn sichtbar als seinen Nachfolger herauszustellen. Es gibt daher heute wie vor zwei Jahren kein politisches Testament, in dem der Bundeskanzler seinen Freunden einen Kronprinzen benennt. Mancher in den Reihen der Unionsparteien ist darüber besorgt, denn jeder weiss, dass diese grosse und damit die verschiedensten Richtungen umfassende Volkspartei an dem Tag, an dem ihr Adenauer fehlt, zum erstenmal vor eine Zerreihsprobe gestellt wird.

Die Freien Demokraten spekulieren mit ihrem Vorstoss auf diese Zerreihsprobe. Erich Mende meinte, es sei nicht für die Opposition das gleiche, ob Eugen Gerstenmaier, Ludwig Erhard oder Franz Josef Strauss Nachfolger Adenauers würde. Ganz offensichtlich wird die Opposition von der Furcht getrieben, der dynamische Bayer könne der zweite Kanzler der Bundesrepublik werden. Sie schoss deshalb in der letzten aussenpolitischen Debatte aus allen Rohren gegen Strauss. Auf dem Parteitag der Freien Demokraten wiederholte sich das. Aber man muss dem Artilleristen Reinhold Maier ankreiden, dass er das Ziel nicht erkannt hat. Heute jedenfalls besteht unter allen Wissenden innerhalb der Unionsparteien — Franz Josef Strauss selber gehört zu ihnen — die übereinstimmende Meinung, dass Strauss vielleicht der übernächste, aber gewiss nicht der nächste Kanzler sein wird.

Es bleibt eins: Da der Kanzler keinen Nachfolger benannt hat, wird die Fraktion eines Tages durch das Schicksal unausweichlich vor die Notwendigkeit gestellt werden, ohne Rat Adenauers einen Mann aus der Gruppe jener zu küren, die meinen, dass sie aus dem Holz seien, aus dem man Kanzler schnitzen könne. Diese Gruppe ist heute gar nicht so klein. Das ist ein wesentlicher Unterschied zu der Lage, wie sie noch im Herbst 1955 gegeben war. Damals schien Adenauer als einsame Eiche über einem Wald schmaler Birkenbäume zu stehen. Und heute? Heute drängt sich ganz selbstverständlich eine Reihe von Namen auf, über die unter den Abgeordneten der Partei seit Jahr und Tag sehr offen als mögliche Kanzlerkandidaten gesprochen wird.

Würde Adenauer in den nächsten Wochen oder Monaten beschliessen, in Rhöndorf nur noch Rosen zu züchten und auf die aktive Politik zu verzichten, aus diesem Leben gerissen werden, dann würde so gut wie sicher Vizekanzler Ludwig Erhard sein Nachfolger. Wird noch mehr Zeit ins Land gehen, dann hat Franz Etzel vielleicht die gleiche Chance, weil er in der Partei und Fraktion stärker verwurzelt ist und seinem ganzen Wesen nach ein Mann ist, von dem viele seiner Parteifreunde annehmen, dass er dank seinem Talent zum Ausgleich, zur Zusammenfassung, zur Führung überhaupt die Front geschlossen halten werde.

Beiden Männern ist eines gemeinsam, sie sind evangelisch. Das ist kein Zufall. Denn gerade weil Adenauer selber befürchtet, dass sein Tod die Einheit der Christlichen Demokraten vor eine Belastungsprobe stellen könnte, hat er, wie übrigens auch der katholische Fraktionsvorsitzende Heinrich Krone, schon seit einiger Zeit seinen Parteifreunden zu verstehen gegeben, dass es nützlich sei, wenn ein Evangelischer die Nachfolge antreten würde.

Einer der Männer, von dem seine Parteifreunde meinen, er solle Adenauers Nachfolger werden, wenn die Notwendigkeit dafür besteht, sagte uns in einem Gespräch unter vier Augen: "Diese Nachfolge wird eine undankbare Aufgabe sein. Der nächste Kanzler wird immer im Schatten seines Vorgängers stehen. Er wird nicht an Adenauer, er wird am Mythos Adenauer gemessen werden. Er wird sich schnell abnutzen und nur ein Mann das Übergangs sein. Ich dränge mich nicht dazu. Aber wenn mir die Partei die Aufgabe auferlegen wird, werde ich mich der Pflicht nicht entziehen".

Das alles war sehr ernst gesagt, und hatte nichts mit jener honigsüssen falschen Bescheidenheit zu tun, mit der landläufigerweise Männer abzuwinken pflegen, wenn man von einem grossen Amt spricht, das auf sie zukommt. Er steht mit seiner Meinung nicht allein da. Ist es deshalb ungewöhnlich, wenn wir darauf hinweisen, dass die Frage, wer der übernächste Kanzler wird, manchen schon jetzt in Bonn bewegt? Wer sie beantworten will, kann nicht an Franz Josef Strauss vorbeigehen, der sich heute als stärkste Kraft unter den Vierzigjährigen seiner Partei erweist. Er muss auch von Bundesinnenminister Gerhard Schröder sprechen, der im Unterschied zu Eugen Gerstenmaier sich als Mann des rechten Flügels, als Gegner jeder Koalition mit den Sozialdemokraten sein Profil zu schaffen sucht.

## Gemeinsamer Wahlkampf

Die Freien Demokraten und der BHE gehen in Nordrhein-Westfalen gemeinsam in den Wahlkampf für die Landtagswahlen am 6. Juli. Wie der Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten, Döring, am Mittwoch in Düsseldorf bestätigte, sollen die Kandidaten des BHE jeden fünften Platz der Landesliste der Freien Demokraten einnehmen. Die Abmachungen bedürfen noch der Zustimmung beider Landesausschüsse, die unmittelbar erwartet wird.

Der BHE hatte bei den letzten Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1954 rund 320 000 Stimmen (4,6 Prozent) erzielt. Das Landtagswahlgesetz erfordert eine Mindeststimmzahl von fünf Prozent.

## Neun Millionen Vertriebene

Die Zahl der Vertriebenen im Bundesgebiet hat sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes auf 8,9 Millionen erhöht. Hinzu kommen rund 2,7 Millionen Zugewanderte aus der Sowjetzone. Damit erhöht sich die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik nach den neuesten Erhebungen auf über 51 Millionen.

## Ostsee verschlingt Orte

In den nächsten 30 Jahren werden vermutlich die kleine Stadt Stolpmünde in Pommern und eine Reihe von Fischerdörfern von der Ostsee verschlungen sein. Nach einer Veröffentlichung des statistischen Amtes in der "Wojewodschaft Köslin" werden jährlich 50 bis 60 Hektar pommersches Landes ein Opfer des Meeres. Die Küstenbefestigungen sind seit der polnischen "Verwaltung" sehr vernachlässigt worden.

## Zind legt Revision ein

Der wegen antisemitischer Äusserungen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt Studienrat Zind hat durch seinen Rechtsanwalt Revision gegen das Urteil einlegen lassen. Über die Revision wird der Bundesgerichtshof in Karlsruhe entscheiden.

## Weniger Arbeitslose

Zum erstenmal in diesem Jahr ist die Zahl der Arbeitslosen unter die Halbmillionengrenze gesunken. Im Monat Mai verringerte sie sich um nahezu 120 000 auf rund 470 000. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ist diese Zahl um .... 24 000 niedriger. Der Rückgang ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass zahlreiche Kräfte im Baugewerbe und in den damit verbundenen Wirtschaftszweigen eingestellt wurden. Der Stand der arbeitslosen Bauarbeiter liegt um fast ... 15 400 niedriger als zum gleichen Zeitpunkt des vergangenen Jahres. Im Baugewerbe besteht nach Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung schon jetzt ein Mangel an Facharbeitern. In vielen Gebieten der Bundesrepublik machen die Bauarbeiter Überstunden, um die Bauaufträge termingemäss fertigstellen zu können. Die Bundesanstalt rechnet — abgesehen von einigen Schwierigkeiten auf dem Kohle-, Stahl- und Textilsektor — weiter mit einer guten Beschäftigungslage.

## Bayerische Vertretung beim Vatikan?

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Seidel hat im Landtag erklärt, es seien zur Zeit Verhandlungen mit dem Auswärtigen Amt im Gange mit dem Ziel, die Bundesländer stärker bei der Erörterung gewisser aussenpolitischer Fragen zu beteiligen. Die von der Bayernpartei neuerdings angeregte Errichtung einer ständigen bayerischen Vertretung beim Vatikan soll nach dem Wunsch Dr. Seidels bis zur Schaffung neuer politischer Verhältnisse in Bayern durch die Landtagswahl zurückgestellt werden. Die Rängerhebung des Bevollmächtigten Bayerns beim Bund zu einem ausserordentlichen Minister sei nur noch eine Zeitfrage.

## Sie suchen Görings Schatz

Drei Mitglieder des süddeutschen Höhlenforscher-Clubs, darunter der

Vorsitzende Fritz Stegerer aus Regensburg, wollen endgültig klären, ob der sagenhafte Göring-Schatz in der einst Hermann Göring gehörenden Burg Veldenstein versteckt ist oder nicht. Seit 1945 wollen die Gerüchte nicht verstummen, dass der Schatz von Leuten von Burg Veldenstein aus in das weiträumige Labyrinth dieser als "Bismarck-Schacht" genannten Höhle gebracht worden sei.

## Die Post will schneller zustellen

Weit über sieben Milliarden Briefe und 252 Millionen Pakete hat die Deutsche Bundespost im vergangenen Jahr befördert, meldet der Jahresbericht des Bundespostministeriums. Das sind über acht Prozent mehr beförderte Briefe und über fünf Prozent mehr beförderte Pakete als im Vorjahr. Trotz dieser Mehrbelastung sei die Post laufend bestrebt, im Zustelldienst immer schneller zu werden. Nach Auffassung der Post kann die Ausstattung aller Bauten mit Hausbriefkästen viel dazu beitragen. Die Bundespost sei deshalb bereit, bei nachträglichem Einbau dieser Briefkästen in Altbauten je Kasten zehn Mark beizusteuern. Bei den elf Postscheckämtern des Bundesgebietes und dem Postscheckamt in West-Berlin bestanden nach dem Bericht des Ministeriums am 30. September über 1,6 Millionen Konten mit einem Gesamtguthaben von annähernd 1,7 Milliarden Mark. Die Zahl der Konten hat seit dem letzten Jahr um über sechs, das Guthaben um über 18 Prozent zugenommen.

## Synode: 'Einheit wahren'

"Da wir nicht die Vollmacht haben, den Christen in anderen Völkern Atomverzicht vorzuschlagen, kann eine solche Entscheidung auch in der Bundesrepublik nicht den Charakter einer allgemeingültigen Lösung beanspruchen". Erklärte der Leiter der Sektion "Politik" des Kirchentagskongresses, der schleswig-holsteinische Kultusminister Osterloh. Für die Evangelische Kirche in Deutschland bleibe die entscheidende Aufgabe, die kirchliche Einheit unter allen Umständen zu wahren, auch wenn die evangelischen Christen sich untereinander wesentlich in der Beurteilung der Atomfrage unterscheiden.

## Hilfe für Berliner Kinder

Mindestens 30 000 erholungsbedürftige Berliner Kinder sollen in diesem Jahr ihre Ferien kostenlos in der Bundesrepublik verbringen. Das ist das Ziel einer grossen Solidaritätsaktion der Bundesländer und des Deutschen Fernsehens.

Auftakt zu dieser Aktion war eine 6½stündige Ringsendung aller Fernsehstationen unter dem Motto "Kleine Leute — grosse Reisen". Berlins Regierender Bürgermeister Brandt sagte zu Beginn der Sendung, eine solche gemeinschaftliche Hilfe sei der beste Beweis für die Liebe der Bundesrepublik zu ihrer wirklichen Hauptstadt.

## Zwei Drittel tauglich

Zwei Drittel der jetzt gemusterten, im vierten Quartal 1937 geborenen Wehrpflichtigen sind für den Wehrdienst tauglich. Wie das Bundesverteidigungsministerium mitteilte, habe sich insgesamt 92 913 Wehrpflichtige den Musterungskommissionen gestellt. Von ihnen wurden 61 259 oder 65,93 Prozent für tauglich erklärt. Beschränkt tauglich waren 7897 (8,5 Prozent). Vom Wehrdienst befreit oder vom Wehrdienst zurückgestellt oder als dauernd untauglich erklärt wurden 23 147 Gemusterte (24,91 Prozent). 399 der Gemusterten oder 0,43 Prozent haben Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt.

## Tonangebender Koks

Felix von Eckhardt, Bundespressekoch, will den halbsteifen Hut — Melone, Koks oder Hartmann genannt — in die Bonner diplomatische Mode einführen. Er kaufte sich das neue Stück während des Staatsbesuches in London. Seine bunten Westen, die er als erster in Bonn trug, haben Eckhardt in Herren-Modefragen der Bundeshauptstadt tonangebend werden lassen.

## Hut ab Jedoch

Man braucht kein Monarchist zu sein, wenn man ein ehrenwertes Verhalten festhält, auch wenn es sich um ein Mitglied eines einst regierenden Hauses handelt.

Aus eben zur Veröffentlichung freigegebenen Dokumenten des britischen Aussenministeriums geht hervor, dass Kronprinz Wilhelm sich nach dem ersten Weltkrieg als Geisel für die neunhundert Deutschen angeboten hat, die man auch damals schon als "Kriegsverbrecher" von alliierter Seite ausgeliefert haben wollte. Das Angebot, das dem König Georg V. von England und dann auch dem damaligen italienischen Ministerpräsidenten Nitti gemacht worden war, wurde niemals beantwortet.

Was war das für eine Welt, in der solche Briefe überhaupt nicht beantwortet wurden; welche Bitterkeit musste ein Mann darüber empfinden, der sich, damals schon nichts anderes als ein einfacher Bürger seines Vaterlandes, für dessen Angeklagte zur Verfügung stellte und von seinem glücklicheren königlichen Vetter keiner Antwort gewürdigt wurde! Kronprinz Wilhelm, verdient die Achtung auch derer, die ihn sich nie als deutschen Kaiser gewünscht hätten.

## Friedland-Hilfe

Ein jammervolles Ergebnis hat bisher die Sammlung für die vor einem halben Jahr ins Leben gerufene "Friedland-Hilfe" gehabt, aus deren Fonds Heimkehrer und Flüchtlinge aus der Sowjetzone zusätzlich unterstützt werden. Trotz vieler Aufrufe sind nur 1,2 Millionen Mark an Bar- und Sachspenden eingegangen. Ist die Hilfsbereitschaft in der Bundesrepublik und ihrem Wohlstand untergegangen? Keineswegs. Wenn ein spontanes Ereignis die Herzen aufwühlt, ist die Gefebredigkeit gross. Nach den Ereignissen in Ungarn und am Sueskanal spendeten die Bundesbürger für die Flüchtlinge und Opfer der betreffenden Länder in kurzer Frist über fünfundsiebzig Millionen an barem Geld und an Sachwerten. In Westdeutschland wurden sechzig Prozent aller in den europäischen Ländern gesammelten Spenden für die Ungarnflüchtlinge aufgebracht. Die Gefebredigkeit ist vorhanden, und oft gerade unter denen, die nach dem Krieg zeitweilig ein schweres Los zu tragen hatten. Wenn sie sich für die Zonenflüchtlinge und die Heimkehrer nicht im gleichen Mass regt, so liegt das wohl daran, dass die Fluchtbewegung und die Kriegsfolgen in Deutschland als Dauerzustand verstanden werden und niemanden mehr aufrütteln. Das Hinnehmen und Vorbeisehen an der Not der eigenen Landsleute ist verhängnisvoll. Jedermann, der die Not dieser Menschen ein wenig lindern kann, sollte es tun.

## Vergiftete Schulbücher

Vergiftete Schulbücher — das könnte über der Sammlung stehen, die jetzt vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen herausgegeben wurde: Es sind Proben aus sowjetzonalen Lehrbüchern. Sie zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, wie sehr alle sowjetzonalen Schulbücher in den Dienst der sowjetischen Politik und des Klassenkampfes gestellt werden.

Der Taunus — so heisst es in einem Geographiebuch für das 5. Schuljahr — hat "zahlreiche Badoorte, von denen Wiesbaden der grösste und bekannteste ist. In diese Badoorte reisen nur die Angehörigen der westlichen Besatzungsmächte, die Unternehmer und die reichen Geschäftsleute. Für die Werktätigen ist dort kein Platz." Die Lage der Eskimos in Alaska wird so beschrieben: "Die Eskimos werden von der amerikanischen Regierung ebensowenig unterstützt wie die Indianer. Wie anders sorgt da die Regierung der sozialistischen Sowjetunion für die Völker im Nor-

den ihres Landes. Sie schickt ihnen Fanggeräte, Motorboote und Material für den Bau fester Häuser".

Besonders schlecht kommen in den Schulbüchern das Mittelalter und die katholische Kirche weg. Von den Franziskanern wird zum Beispiel gesagt, sie hätten ihre Armut nur "zur Schau" getragen. "Die äussere Armut war ihnen nur ein Deckmantel, damit sie besser das Vertrauen des Volkes erwerben konnten."

Einen breiten Raum nimmt in den Schulbüchern die Geschichte der slawischen Völker und vor allem der Sowjetunion ein. Dass das ost-römische Reich solange dem Ansturm der Mohammedaner standgehalten habe, sei in erster Linie das Verdienst der in diesem Reiche lebenden freien slawischen Bauern gewesen. In den Büchern fehlen natürlich auch nicht die "Taten", russischer Wissenschaftler und Ingenieure. Die drahtlose Telegraphie wird als eine Erfindung des russischen Ingenieurs Popow hingestellt. "Der Italiener Marconi, der von der Erfindung Popows Kenntnis erhalten hatte, eignete sich diese an und entwickelte sie mit Hilfe englischer Kapitalisten weiter".

## Kretschmer führt "Froschmänner"

Die Aufstellung eines amphibischen Marinepionierbataillons in Wilhelmshaven ist abgeschlossen. Flottenadmiral Johannsson teilte mit, dass diese Einheit aus Marinepionieren und "Froschmännern", dem Fregattenkapitän Otto Kretschmer untersteht, der im zweiten Weltkrieg als U-Boot-Kommandant bekannt wurde. Kretschmer kommandiert auch das 2. Landungsge-schwader, dessen sechs Boote in Kürze aus den USA geliefert werden sollen.

## Gegen "Jedermannspartei"

Die Sozialdemokratische Partei darf nach Ansicht ihres stellvertretenden Vorsitzenden Wehner nicht zu einer "Jedermannspartei im Sinne einer verbilligten Volksausgabe der Christlich-DEMokratischen Union" werden. Wie Wehner in der Zeitschrift "Die neue Gesellschaft" schreibt, werde die SPD nur dann Partei des Volkes sein, wenn sie ständig um das Vertrauen und die Unterstützung der breiten Arbeitnehmerschichten ringe.

Wehner schreibt: "Wenn wir es uns genau überlegen, so werden wir herausfinden, dass die Stärke der SPD vor allem abhängt von der Kraft, die wir Sozialdemokraten im Rahmen der Gewerkschaften zu entfalten fähig sind. Damit soll nicht gesagt werden, dass die SPD eine Art von "Gewerkschaftspartei" werden soll oder dass die Gewerkschaften zu einem Anhängsel der SPD gemacht werden sollen." Aber die SPD müsse mit ihrer gesellschaftspolitischen Zielsetzung fest auf das Vertrauen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer und der von ihnen beeinflussten Schichten bauen können.

## Die Registrierung läuft

Moskau hat bereits im Februar — mit einer Registrierungsaktion begonnen, durch die sämtliche deutschen Zivilverschiepften erfasst werden sollen. Dies verlautete jetzt aus Ostberliner diplomatischen Kreisen. Die Aktion laufe gegenwärtig auf Hochtouren.

Zur mündlich vereinbarten Rückkehr der deutschen Zivilverschiepften aus der Sowjetunion wurde von polnischer Seite in Ostberlin darauf hingewiesen, dass Polen vor fast zwei Jahren dem gleichen schwierigen Problem in Moskau gegenüberstand. Damals wurde von der Sowjetregierung eindeutig erklärt, es befänden sich keine polnischen Zivilverschiepften mehr im Lande.

Eine Einigung zwischen Warschau und Moskau sei damals erst nach langwierigen Verhandlungen zustande gekommen. Erst danach hätten die Sowjets Massnahmen zur Rückkehr der Zivilverschiepften nach Polen eingeleitet. Sie treffen seitdem in kleineren Gruppen regelmässig in Polen ein. Den Sowjets sei daran gelegen gewesen, die Rückkehr dieser Verschiepften gewissermassen unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu vollziehen.

**UM  
NOVO**

**MERCEDES-BENZ DIESEL - MODÉLO LP-321**

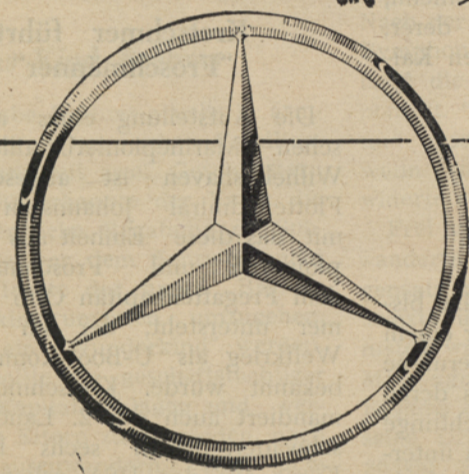
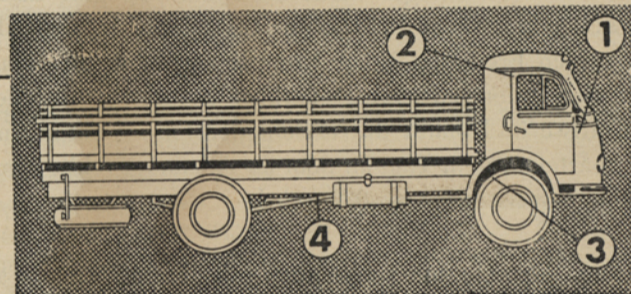


**líder  
absoluto em  
economia!**

**FATÔRES DE ECONOMIA,  
CONFÔRTO E SEGURANÇA:**

- 1 - Motor Diesel OM321, de 120 HP (SAE), com sistema de combustão por antecâmara de alimentação contínua. Consome muito menos combustível.
- 2 - Cabine com novo desenho: fôco confortável como um carro de passeio. Possui ampla janela traseira, cinzeiro, portas-luvas com tampa, etc.
- 3 - Câmbio de 5 marchas, totalmente sincronizado. Mais fôrça no arranque, maior capacidade nas subidas, mudanças muito mais suaves.
- 4 - Chassi de desenho paralelo (tipo "escada") ultra-reforçado, construído especialmente para suportar qualquer tipo de estrada.

— Técnica alemã em caminhões brasileiros



**FABRICANTE DO 1º CAMINHÃO BRASILEIRO PARA AS ESTRADAS BRASILEIRAS!**

E com o NOVO DIESEL Mercedes-Benz LP-321, V. obterá ainda

**MAIS LUCROS NO FIM DA VIAGEM!**

**MERCEDES-BENZ DO BRASIL S.A.**

São Bernardo do Campo - São Paulo

**200**  
anos Geigy

O gato de hoje  
é um "boa vida"...



porque **Tomorin**  
mata todos os ratos



- método novo
- aplicação fácil
- inofensivo

GEIGY DO BRASIL S. A., Produtos Químicos  
Telegramas: GEIGYBRAS

Matriz: RIO DE JANEIRO — Avenida Almirante Barroso, 91 — C. P. 1329  
Fábrica: RIO DE JANEIRO — Rua Fonseca Teles, 40  
Filiais: SÃO PAULO — Avenida Brig. Luiz Antônio, 917 — C. P. 2544  
PÓRTO ALEGRE — Avenida Paraná, 2578 — C. P. 431

**Cia. THEODOR WILLE**

RIO DE JANEIRO

SANTOS SÃO PAULO

★

*Importação — Exportação*

★

100 Anos de Tradição

★

Rio : Rua Visconde de Inhaúma, 58 — Tel. 23-2083

Santos : Rua do Comércio, 49 — Tel. 2-2161

São Paulo : Rua da Consolação, 65 — Tel. 32-1903

# Brasilien

## SÃO PAULO

Brasilien — da denkt man an Urwald und Schlangen, an Kaffee und Kolibris und sieht im Geiste Bilder von Rio, der Stadt der tausend Wunder mit den spiegelglatten Autostrassen, von Königspalmen gesäumt, die in sanften Kurven um die Buchten des Hafens ziehen — jenes Hafens, der so gross ist, dass alle Kriegsflootten der Welt in ihm Platz finden würden... Es gibt ein anderes, ein moderneres Brasilien, und sein lebendiger Ausdruck sind die himmelstürmenden Hochhäuser São Paulos.

Als vor rund zwanzig Jahren ein wagemutiger Architekt im Zentrum der Stadt (sie zählte damals weniger Einwohner als Rio de Janeiro) das erste Hochhaus baute, den "Predio Martinelli", gab es Kopfschütteln in Parlament und Senat, und die Sorgen der Stadtväter fanden Ausdruck in der amüsanten Anordnung der Paulistaner Baupolizei, nach der die obersten sechs Stockwerke dieses "Babylonischen Turmes" nicht bewohnt werden durften, aus Gründen der Sicherheit. Jahrelang war diese Verordnung in Kraft, und man munkelte, dass konkurrenzneidische Hausbesitzer der Hauptstadt nicht ganz unschuldig an ihrer Durchführung seien. Schon in jenen Jahren prägte ein durchreisender Yankee, der einiges von Brasilien und dem übrigen Südamerika gesehen hatte, das Wort vom "lateinamerikanischen Chicago". Er, der wie die Mehrzahl seiner Landsleute nicht leicht zu beeindrucken war, machte ein Kompliment mit diesem Wort, in dem viel Wahres liegt.

Bis in die koloniale Frühzeit reicht der Ruhm der Paulistas, und die lange Reihe grosser Vorfahren, die als "Bandeirantes" kühne Streif- und Eroberungszüge in den unerforschten Norden und Nordwesten unternahmen, machte sie stolz. Im Vergleich zu den Hungerleidern in den Nordstaaten, zum bürgerlich-mittelständischen Niveau des Südens (an dem

das deutsche Element starken Anteil hat) und zum verschlagenen "Mineiro", dem Bewohner von Minas Gerais, dessen Ruhm als koloniales Goldland längst verblichen ist, fühlt sich der Paulistaner als Aristokrat, als der fortschrittliche und weltmännische Repräsentant eines Landes, das die USA nicht nur an Ausdehnung, sondern wahrscheinlich auch an wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten weit übertrifft.

Es ist nicht verwunderlich, dass sich auf dem alten Paulistaner Kulturboden, der Baumwolle und Kaffee in Milliardenwerten wachsen liess, schon verhältnismässig früh eine Auswahl bester europäischer Auswanderer festsetzte. Noch heute sind die "wahren Geschichten" des Anhörens wert, die von phantastischen Laufbahnen berichten — vom Werdegang des ärmlichen deutschen Siedlerjungen, der als der brasilianischen Kaffeekönig Francisco Schmidt in die Gesellschaft einging, oder von jenem kleinen italienischen Krämer, der seinen Handel mit einem Büschel Bananen im Hafen von Santos begann, wo er als Zwischendeckler ankam, und der neunzigjährig als Conde Matarazzo in einem Marmorpalast der Avenida Paulista — der Fifth Avenue von São Paulo — starb und seinen Nachkommen die grössten und vielseitigsten Industriewerke des Landes hinterliess.

Der Paulista ist stolz darauf, dass Stadt und Staat São Paulo in der wirtschaftlichen Entwicklung mit Abstand an erster Stelle stehen. Dafür nimmt er es in Kauf, dass er mit 70 v. H. die Hauptlast der Bundessteuern aufbringen muss. Allerdings verlangten die Baumwoll- und Kaffeebarone dafür entsprechenden Einfluss auf die Politik der Bundesregierung, und wenn ein allzu selbstherrlicher Präsident diesen Einfluss verweigerte, gingen sie oft genug in die bewaffnete Opposition. Sammelbecken dieser gegen die Zentralgewalt gerichteten Kräfte war der "Partido Re-

publicano Paulista", auf dessen Konto manche gewichtige Revolution geht, und der *nom de guerre* "Perreista" konnte ebensowohl höchstes Lob wie hässliches Schimpfwort bedeuten, je nachdem, für welche Seite man kurz vor Eintritt der Regenzeit zu optieren gewillt war.

Man denkt unwillkürlich an seltsame Urwaldpflanzen, die sich über Nacht zu ungeheurer Grösse entfalten, wenn man sieht, wie die Stadt São Paulo wächst. Diese neue Metropole Brasiliens hat in den letzten zehn Jahren um 67 Prozent an Umfang zugenommen und die Hauptstadt Rio de Janeiro bereits überflügelt. Um die Jahrhundertwende lebten in São Paulo knapp 70 000 Menschen, heute sind es rund drei Millionen. Ein armer Handwerker, der sich 1890 ein Stück Land für wenig Geld gekauft hatte, konnte seinen Söhnen ein märchenhaftes Vermögen hinterlassen, weil der Bodenpreis um das Achttausendfache gestiegen ist. In São Paulo kann jeder bauen, wie er will. Und es wird gebaut, das Tag und Nacht die heisse Luft erfüllt ist vom Krachen der Pressluftschlämmer und Dröhnen der Betonmischmaschinen. Hypermoderne Wolkenkratzer mit allen technischen Raffinessen wachsen neben primitiven Mietskasernen empor. Dazwischen stehen kitschige Jugendstilpaläste, flache Bazar- und einfache Wohnhäuser. Dementsprechend sind die sozialen Kontraste: Reichtum und höchste Eleganz neben bitterer Armut. Die Ursache dieses rasanten Anwachsens ist die Entwicklung des modernen Verkehrs. Durch neue Strassen, Eisenbahnen und Luftlinien bekam die Stadt plötzlich Verbindung mit der Welt. Und da sie im Agrarzentrum Brasiliens liegt und an der Erzregion von Minas Gerais grenzt, wurde sie Metropole und wächst mit einer Geschwindigkeit, die in der Geschichte der Weltstädte noch nicht dagewesen ist.

## RIO DE JANEIRO

Die Atlanten der brasilianischen Schulkinder zeigen im Zentrum des Landes, über tausend Kilometer nordwestlich von Rio de Janeiro, auf dem Hochplateau des Bundesstaates Goiás, ein grosses gestricheltes Rechteck. Heute leben hier nur ein paar tausend Rinder mit gewaltig gedrehten Hörnern. Aber schon bald werden "Bulldozer" in den Urwald vordringen und das Gelände planieren: Denn hier soll Brasiliens neue Bundeshauptstadt "Brasilia" entstehen. Das brasilianische Parlament wird vermutlich noch in diesem Jahre entscheiden, wann die Arbeiten aufgenommen werden und wann der grosse Umzug beginnt. Eine ganze Armee von 100 000 Beamten soll auf einen Schlag ins Landesinnere verpflanzt werden. — So schrieb man noch vor wenigen Jahren über das, was heute Wirklichkeit geworden.

### Verliebt in eine Stadt ...

Nicht mehr lange wird Rio de Janeiro den Titel der "schönsten Hauptstadt der Welt" für sich in Anspruch nehmen können. Die schönste Stadt der Welt allerdings wird es bleiben. Ich möchte das Wort "Neapel sehen und sterben" auf Rio übertragen. Was ist schon der Golf unter dem Vesuv im Vergleich zu der tiefblauen Guanabara-Bucht mit der barocken Silhouette des Zuckerhutes, zu dem an einem spinnwebdünnen Seil die Gondel der Schwebbahn hinaufsteigt? Tags, wenn Sonnenglanz über dem Meer liegt, leuchtet die Perlenkette der weissen Wolkenkratzer am weltberühmten Strand von Copacabana. Nachts aber erstrahlt ein Kreuz über der Stadt: die riesige Statue des "Christo Redentor", des "Erlösers Christus", der mit ausgebreiteten Armen segnend auf dem Gipfel des Corcovado steht — Rio sehen und sterben!

Die Chancen dafür stehen nicht schlecht. Denn die wilde Meute von Autos, die durch die Stadt jagt, bald in Viererreihen über prachtvolle Avenidas, bald durch die engen Schluchten der Einbahnstrassen, fordert alljährlich mehr Opfer als eine mittlere südamerikanische Revolution. Während in New York, London oder Paris jeweils nur sechs bis zehn von tausend Einwohnern ihr Leben durch Verkehrsunfälle verlieren, sind es in

Rio fünfzehn. Und dies ist einer der Gründe dafür, dass Brasiliens Regierung bald umziehen möchte — nicht so sehr, weil sie um ihr Leben bangt, sondern weil die Verkehrsprobleme der jetzigen Hauptstadt kaum noch zu lösen sind.

Die "sehr treue und heroische Stadt des heiligen Sebastian vom Januarfluss", wie Rio de Janeiro in alten portugiesischen Dokumenten genannt wird, zieht sich an dem schmalen Küstenstreifen der weiten Guanabara-Bucht entlang. Im 18. und 19. Jahrhundert war das der ideale Ort für eine Hauptstadt. Aber in den letzten Jahrzehnten folgte Rio dem raschen Tempo des brasilianischen Aufstieges. Es wucherte in die engen Gebirgstäler hinein, die unmittelbar hinter dem alten Siedlungskern begannen. Man baute gewaltige Tunnel, um die einzelnen, langgestreckten Stadtteile miteinander zu verbinden, und man musste schliesslich die Mindesthöhe der Gebäude in den wichtigsten Avenidas durch Gesetz auf 20 oder 30 Stockwerke festlegen, damit der kostbare Raum nicht verschwendet werde.

### Die Technik versagt

Doch der schönste Wolkenkratzer nützt nichts, wenn der Lift stehen bleibt, weil es an Strom mangelt. Rio de Janeiro aber hat seit langem weder genügend Elektrizität noch genügend Wasser. Und dabei ist noch nicht einmal die ganze Stadt mit Wasserleitungen, Lichtnetz und Kanalisation versehen. Unmittelbar neben den Prachtstrassen liegen am Bergeshang ausgedehnte "favelas", Barackenviertel aus Benzinkanistern und Obstkisten, ohne Strassenpflaster, Lichtschalter, Wasserhähne und Toilettebecken. Es fehlt am Nötigsten, aber immer mehr Menschen strömen in die Hauptstadt, die nicht weiss, wo sie die Zugereisten unterbringen soll. Der Zwang, die Verwaltungszentralen und den ganzen daran hängenden Apparat aus Rio herauszuziehen, wird immer dringender.

### Ein 150 Jahre alter Plan

Dennoch ist der Gedanke einer Hauptstadt im Landesinnern nicht erst jetzt entstanden. Schon Dom Pedro I., der zu Beginn des vorigen Jahrhunderts in Rio als Kaiser residierte, hatte erkannt, dass die Errichtung eines Regierungszentrums im

"Interior" der Erschliessung des riesigen Staates, der heute noch überwiegend "Randbesiedelt" ist, seinen starken Impuls gäbe. Er war es, der das Hochland von Goiás zum Sitz der neuen Hauptstadt bestimmte, und seitdem enthalten alle brasilianischen Verfassungen einen entsprechenden Passus. Aber erst 1946 verlangte ein Bundesgesetz, dass nunmehr alle Anstengungen auf den Bau von "Brasilia" gerichtet werden.

Als Bundesdistrikt — denn die neue Hauptstadt soll wie die alte autonom, und nicht Anhängsel irgendeines Bundesstaates sein — wurde ein Gebiet abgesteckt, das fast so gross ist wie Schleswig-Holstein: Tausend Meter über dem Meeresspiegel, auf dem Plateau der Sierra dos Pirineos. Das Klima ist hier weitaus besser als in Rio, es gibt Wasser im Überfluss und 50.000 Quadratkilometer landwirtschaftlich nutzbares Hinterland. Vor allem aber: Ein Regierungssitz im Innern Brasiliens wird auf die Entwicklung der Bundesstaaten im Binnenland wie ein Katalysator wirken. Neue Industrien werden entstehen, der Blick der Bevölkerung wird von der Küste auf die brachliegenden Reichtümer im Landesinnern gelenkt und auch das Verkehrsnetz wird sich eines Tages über heute noch unwegsamen Regionen ausbreiten.

Heute ist der Bundesdistrikt auf dem Landweg überhaupt noch nicht zu erreichen. Die "Strassen" in dieser Gegend können selbst von Jeeps kaum befahren werden, geschweige denn von Lastkraftwagen. Und die einzige Eisenbahn, die von São Paulo aus vorgetrieben wurde, endet in Anapolis. Ochsenkarren und Esel sind noch immer die gebräuchlichsten Fortbewegungsmittel. Aber die Brasilianer haben Erfahrung. Sie brauchen keine Strassen und Schienenwege, wenn sie eine Stadt gründen; viermotorige Flugzeuge bringen Maschinen und Baumaterialien, Büromöbel und Menschen an jeden Ort. Die Strassen wachsen später gleichsam von selbst nach. Warum sollte das bei "Brasilia" anders sein?

Die Pläne sind bereits vollendet. Auf dem Papier steht eine Stadt für zunächst 400.000 Einwohner mit Kinosen, Wasserwerken, Theatern, Kaffeehäusern und allem, was zum Leben in unserer Zivilisation dazugehört.

D. K.



Santos



Sonnenaufgang



# Nach Europa oder Südamerika! INDUSTRIELLE UND GESCHÄFTSLEUTE FLIEGEN MIT DER LUFTHANSA

Ihre traditionelle Luftlinie!

Die Lufthansa bringt Sie bequem und **schnell** in alle Hauptstädte Europas. Zweimal wöchentlich erreichen Sie die grössten Handelstädte Südamerikas: Montevideo, Buenos Aires und Santiago do Chile.

Fliegen Sie schnell und bequem mit der LUFTHANSA!

Wenden Sie sich an Ihr Reisebüro oder an die



# LUFTHANSA

Erste Klasse  
und  
Turistenklasse  
Fracht und Post

Linhas Aéreas Alemãs

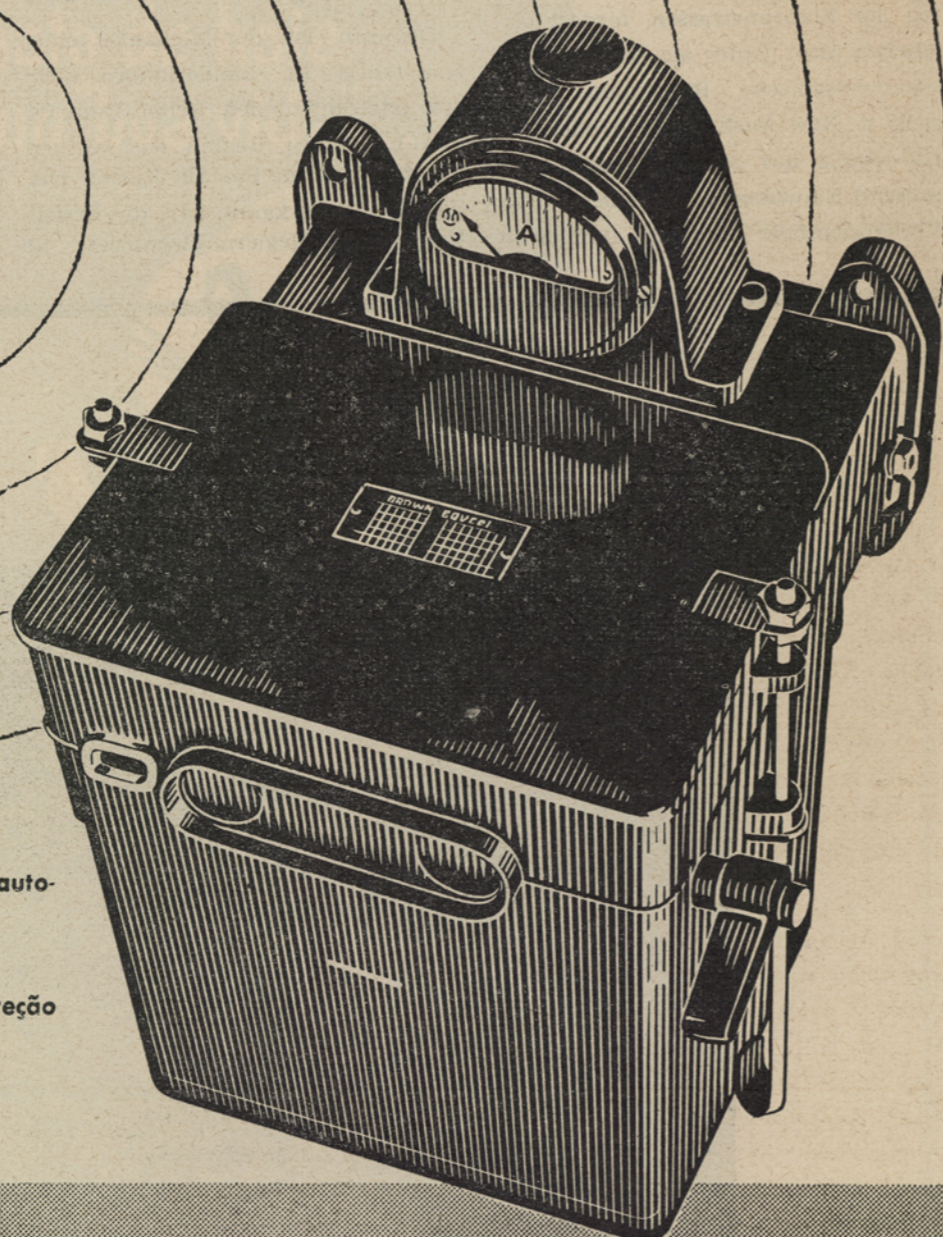
Rio de Janeiro: Avenida Presidente Wilson, 123 - Telefones: 22-3480 - 42-6578 - 42-7903  
São Paulo: Praça da República, 186 - Telefones: 37-1464 - 35-2309  
Pôrto Alegre: Avenida Borges de Medeiros, 308 - 13.º andar - sala 133 - Telefones: 9-2955

Almap - Rio - 54039

## Chave Estrela - Triângulo Automática

**BROWN BOVERI**

CÍRCULO DE CONFIANÇA



Comutação da ligação estrela para triângulo completamente automática, regulável no tempo.  
Contatos em banho de óleo. Proteção de máxima e mínima.

Rio de Janeiro — Av. Erasmo Braga, 227 9º Tel.: 52-0764 e 52-0766  
São Paulo — Rua Pedro Américo, 68 11º Tel.: 37-1197  
Pôrto Alegre — Rua Uruguay, 155 - 13º - S. 1301 Tel.: 8334  
Recife — Av. Dantas Barreto, 564 S. 1102 Tel.: 6318  
Belo Horizonte - Rua Espírito Santo, 495 - S. 1102 - Caixa Postal 797

Representantes em todo o Brasil

Consultas e vendas:

**BROWN, BOVERI S. A.** (Representações)

ERWIN, WASEY



## Companhia Hamburguesa

Sulamericana de Navegação Eggert & Amsinck  
Carga e Passageiros

### HAMBURG-SÜD

Partidas de e para: HAMBURGO, BREMEN, ROTTERDAM e ANTUÉRPIA

Chegadas da Europa:

Saída para Europa:

	Santos		Rio		Rio		Santos		
	ent.	saí.	ent.	saí.	ent.	saí.	ent.	saí.	
STA. CATARINA	29.6	1.7	27.6	28.6	STA. URSULA	5.7	5.7	4.7	4.7
CAP VILANO	29.6	2.7	27.6	28.6	CAP VERDE	13.7	13.7	10.7	12.7
CAP IRTEGAL	7.7	9.7	5.7	6.7	STA INES	15.7	15.7	13.7	14.7
CAP ROCA	17.7	19.7	16.7	16.7	CAP VILANO	23.7	23.7	20.7	22.7
SANTA ELENA	19.7	21.7	17.7	18.7					

### COLUMBUS-LINE

Serviço regular de cargas e passageiros do e para Estados Unidos (Costa Atlântica) e Canada

Chegada dos EEUU

Saída para EEUU

	em Santos:		em Rio:		do Rio:		de Santos:		
	ent.	saí.	ent.	saí.	ent.	saí.	ent.	saí.	
CAP FRIO	4.7	5.7	2.7	3.7	BURG SPARENBERG	16.7	15.7	13.7	14.7
ERWIN SCHROEDER	17.7	18.7	15.7	16.7	CAP FRIO	23.7	23.7	21.7	22.7
RAVENSBERG	29.7	30.7	27.7	28.7	ERWIN SCHROEDER	7.8	7.8	5.8	6.8

Agentes:

## L. Figueiredo, Fischer, Renlinger S/A

Santos:

São Paulo:

Rio de Janeiro:

Rua Gal. Câmara, 168

Rua Senador Feijó, 205

Av. Pres. Vargas, 463

Telefones:

# Weltwirtschaft

## Aus aller Welt

### Produktionskurve nach unten

In den Büros der grossen Automobilmagnaten in Detroit schleichen auf den Wandstatistiken die Produktionskurven immer weiter nach unten. Draussen in den riesigen Montagehallen pulst das Leben in stark vermindertem Masse weiter. Das Heer der Arbeitslosen sieht besorgt die langen Wochen vorbeiziehen.

Rund ein Drittel der Arbeiterschaft der drei grossen Autokonzerne (General Motors, Ford und Chrysler) wurde bisher entlassen, und die gesamte amerikanische Produktion sank ebenfalls um ein Drittel, nämlich von 2,9 Millionen Personenwagen in der Periode Januar-Mai 1957 auf 1,9 Millionen dieses Jahr.

Den langjährigen Widersacher der Automobilindustriellen, Gewerkschaftsführer Walter Reuther, sitzt die kürzlich erfolgte glatte Ablehnung der Vorschläge seitens der Geschäftsleitung von General Motors auf dem Magen. Die Verdauung wurde ihm noch schwerer gemacht, als Ford und Chrysler sich dem Standpunkt der General Motors anschlossen. Seither sind die zwischen den "grossen Drei" von Detroit und der Automobilarbeitergewerkschaft bestehenden Verträge abgelaufen, so dass zum ersten Male seit vielen Jahren zwischen beiden Parteien kein Vertragsverhältnis mehr besteht. Der alte Verhandlungsfuchs Reuther ging auf die Vorschläge der Detroit-Industriellen nicht ein, welche eine zweijährige Verlängerung der Verträge vorsahen, wobei von vornherein eine jährliche Verbesserung von durchschnittlich 7 Cents pro Arbeitsstunde, sowie 2 Cents Lebenskostenzulage für das erste Jahr festgesetzt worden waren.

Offenbar wartet Reuther die Zeit ab, in der eine Streikdrohung auf die Geschäftsleitungen der "grossen Drei" von Detroit einen viel stärkeren Eindruck machen wird. Wenn man bedenkt, dass in absehbarer Zeit die Automobilfabrikanen ihre Betriebe im Zusammenhang mit den 1959er Automodellen umstellen werden müssen, und dass zu jenem Zeitpunkt allenfalls vorkommende Arbeitskonflikte sich für die Geschäftsleitungen sehr nachteilig auswirken würden, so kann man sich wohl darauf gefasst machen, dass der gefürchtete Gewerkschaftsführer etwas stärker auf den Konferenztisch klopfen wird.

Während die Wolken schwer über den Verhandlungen hängen, erscheint doch am Horizont ein helles Licht, und zwar von seiten des amerikanischen Nationalbüros für volkswirtschaftliche Untersuchungen. Die Spezialisten dieser Abteilung, welche ständig den Gesundheitszustand der nordamerikanischen Nationalökonomie überwachen, haben nämlich ihre Stethoskope auf verschiedene Stellen des kranken Körpers gelegt, diverse komplizierte Temperaturkurven konsultiert, und endlich ihre weissen Köpfe erhoben. Ihre Diagnose lautet: anfängliche langsame Besserung im zweiten Halbjahr 1958 und voraussichtliche Erlangung der vollen Kräfte bis Ende 1959.

### Der Preis von vierzehn Flaggen

Wo verbleiben die versprochenen 50 Millionen Dollar Tankerschiffe? Mit Spannung erwartet die nordamerikanische Regierung die Antwort auf diese Frage.

Vermutlich wird die Antwort an Bord einer Luxusjacht im Mittelmeer vorbereitet, denn von dieser Jacht aus regiert Aristoteles Onassis, der weltbekannte Reeder, das Gros seiner auf allen Seehandelswegen der Welt verkehrenden Schiffe.

Onassis, argentinischer Staatsbürger trotz seiner griechischen Abstammung, soll mit der USA-Regierung ein Versprechen eingegangen sei, laut welchem er nordamerikanischen Schiffswerften Aufträge im Betrage von insgesamt 50 Millionen Dollars an Tankerschiffe vergeben würde, als Gegenleistung für die ihm von der genannten Regierung erteilte Erlaubnis, 14 seiner unter nordamerikanischer Flagge segelnden Schiffe zur liberianischen Flagge zu transferieren.

Da scheinbar Onassis die seinerzeit eingegangene Verpflichtung nicht eingehalten hat, wird er nun vor Gericht angeklagt. Viel Lärm um eine Flagge? Soll damals der schlaue Reedereikönig ein schlechtes Geschäft abgeschlossen haben?

Wohl nicht, denn die in Liberia registrierten Schiffe geniessen die sehr wesentlichen Vorteile der liberianischen Steuergesetzgebung, welche bekanntlich sehr grosszügig ist. Ja sogar so grosszügig, dass die USA-Regierung nun nicht nur die Rückkehr der betreffenden Schiffe zur amerikanischen Flagge verlangt, sondern dazu noch 20 Millionen Dollar fordert als Entschädigung für die in den fraglichen achtzehn Monaten von den 14 Schiffen realisierten Gewinne!

### Europäische Wagen erobern sich den nordamerikanischen Markt

Im April 1958 haben die Wagen europäischer Fabrikation 7 Prozent des ganzen nordamerikanischen Marktes für sich beansprucht, was das Zweifache des letztjährigen Verhältnisses und somit einen absoluten Rekord darstellt.

Es wurden unter anderem mehr Volkswagen verkauft als Chrysler und De Soto Wagen.

### Rekordverkäufe bei der britischen Flugzeugindustrie

Die Vereinigung britischer Flugzeugkonstruktoren gibt bekannt, dass diese Industrie durchschnittlich für 3 Millionen Pfund Sterling wöchentlich Verkäufe an das Ausland tätigt. Dies geht aus der Tatsache hervor, dass die Verkäufe in den ersten vier Monaten dieses Jahres eine Rekordhöhe von 50.250.000 Pfund erreicht haben, d. h. 53 Prozent mehr als während der gleichen Periode im Jahre 1957. Allein der Monat April 1958 sah Verkäufe von 15 Millionen Pfund.

Der grösste Käufer war Kanada, mit 2.250.000 Pfund, gefolgt von Indien mit 1.800.000 Pfund, Westdeutschland mit 637.000, Australien mit 297.000 und USA mit 231.000 Pfund.

Die Exporte nach Ländern der Dollar Zone beliefen sich während der ersten vier Monate von 1958 auf rd. siebeneinhalb Millionen Pfund Sterling und erreichten somit ebenfalls einen neuen Rekordstand.

### Die deutschen Auslandsinvestitionen

Dank der in den letzten Jahren eingetretenen Erhöhung der Sparbeiträge (8,4 Prozent des gesamten Privateinkommens in 1957, gegen 6 Prozent in 1956) konnten die traditionellen deutschen Kapitalinvestitionen im Ausland stärker zur Geltung kommen.

Die Nachkriegszeit hatte die gesamten verfügbaren einheimischen Kapitalien für den Wiederaufbau der eigenen Wirtschaft beansprucht, und die daraus resultierende bedeutende Spanne zwischen dem inländischen und dem ausländischen Zinsfuss verhinderte lange die Ausfuhr deutscher Kapitalien.

Die Lage hat sich nun aber insofern geändert, dass die Zinsfüsse in vielen europäischen Ländern stark gestiegen sind, wobei die in Deutschland herrschenden Zinssätze eher gesunken sind und gegenwärtig sogar die niedrigsten Europas sind, zusammen mit denjenigen der Schweiz und von Portugal. Unter diesen Umständen nahm, nach einer vom deutschen Wirtschaftsministerium veröffentlichten Statistik, die deutsche Kapitalausfuhr von DM 156 Millionen in den Jahren 1952-53 auf DM 496 Millionen im Jahre 1957 zu.

Insgesamt betrachtet betragen die deutschen Kapitalinvestitionen im Auslande vom 1. Februar 1952 bis Ende 1957 ganze DM 1.738 Millionen. Europa, Lateinamerika und Kanada waren die von deutschen Kapitalisten bevorzugten Gebiete, mit resp. 596, 514 und 224 Millionen DM. Die Vereinigten Staaten erhielten dagegen in derselben Periode nur 184 Millionen DM. Der Rest verteilte sich auf asiatische und afrikanische Länder. Dank der herrschenden günstigen Bedingungen wird man zweifelsohne in den kommenden Jahren mit einem grösseren Anteil der deutschen Kapitalien an dem Weltwirtschaftsmarkt rechnen müssen.

### Japan schreitet zum Uhrenexport

Japanische Uhrenfabriken haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam im Rahmen einer Verbandsfirma den Export aufzubauen, wie dies schon für die Kameraproduktion angewandt wurde. Als erstes Ziel wurde ein Export von einer Million Armbanduhrn geplant, d. h. zirka 30 Prozent der gesamten japanischen Uhrenproduktion von gegenwärtig 3,4 Millionen jährlich.

### Wirtschaftliche Entwicklung Ungarns

Die ungarischen Behörden beabsichtigen, im Jahre 1958 das Nationaleinkommen gegenüber dem letzten Jahr um 4,3 Prozent zu erhöhen, wobei die industrielle Produktion um 7,3 Prozent und der landwirtschaftliche Ertrag um 4,6 Prozent gesteigert werden sollen. 90 Prozent dieses Nationaleinkommens sind für den Konsum vorgesehen, und nur 10 Prozent für Investitionszwecke.

Auf dem Gebiet des Aussenhandels sehen die Pläne der Regierung gegenüber dem letzten Jahre eine Kürzung um 12,5 Prozent der Importe und eine Zunahme der Ausfuhr um 22 Proz. vor. Die Einfuhrverminderung soll damit im Zusammenhang stehen, dass die ungarische Kohlenproduktion wieder normalisiert sei und dass andererseits keine Käufe von Mehl und Fetten mehr notwendig sein werden. Der Export soll dank der zahlreichen kürzlich unterschriebenen Handelsverträge mit dem Ausland belebt werden. In den letzten Wochen wurden nämlich Verträge mit Frankreich, Marokko, Tunesien, Italien, Jugoslawien, Bulgarien, der USSR und Aussen-Mongolei unterzeichnet.

Im Jahre 1957 bezog Ungarn drei viertel seiner Importe aus kommunistischen Ländern und an dieselben Länder wurden vier Fünftel seiner Exporte geliefert.

### Drückende Agrarüberschüsse in Kanada

Infolge ungünstiger Wettereinflüsse waren die Ernten 1957 in den Prärien bedeutend geringer als im Vorjahre. An Weizen konnten 1957 auf einer Anbaufläche von 20,4 Millionen acres (im Vorjahre 22,1 Millionen) 353,9 Millionen bushels (im Vorjahre 553 Millionen) geerntet werden. Der Ertrag an Hafer lag mit 11 Millionen acres (i. V. 11,7 Mill.) auf 384,5 Mill. bushels (i. V. 524,4 Mill.) und bei Gerste mit 9,4 Millionen acres (i. V. 8,3 Mill.) auf 219,9 Mill. (i. V. 269 Millionen).

Das Problem des Weizenüberschusses konnte trotz der geringeren Ernte nicht gelöst werden, weil grosse Lagerbestände früherer Rekordernten übernommen werden mussten. Aber auch bei den anderen landwirtschaftlichen Produkten ist seit langem eine Stützungsolitik in Kraft, und die kanadische Bundesregierung hat sich verpflichtet, gewisse Produkte einzulagern. Das Nettofarmeinkommen lag im Vorjahre 1956 auf 1,573 Millionen Dollar, was pro Farm 2,735 Dollar ergibt. Das Nettofarmeinkommen für 1957 dürfte rund 5 Prozent unter demjenigen des Vorjahres liegen.

### Gespannte Devisenlage Frankreichs

Die Preise in Frankreich - vor allem der Nahrungsmittel - haben weiterhin starken Auftrieb. Das Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz gibt zur Beunruhigung Anlass. Trotz der Fürsorge, die die Regierung dem Export angedeihen lässt, und trotz der scharfen Importkontingentierung ist die Handelsbilanz von einem Gleichgewicht weit entfernt. Das französische Defizit bei der Europäischen Zahlungsunion wächst mit beängstigender Schnelligkeit: von 17,5 Millionen Dollar im Dezember 1957 auf 21,5 Millionen im Januar 1958, 32 Millionen im Februar und auf 56 Millionen Dollar im März 1958. Die Kreditsumme von 655 Millionen, die Frankreich im vergangenen Herbst vom Ausland eingeräumt worden ist, erscheint verglichen mit dem im Jahre 1957 erreichten auswärtigen Defizit bescheiden.

Anlässlich der Gewährung dieses Kredites ging Frankreich gewisse Verpflichtungen ein, sei es, die Staatsausgaben zu beschränken, sei es, vom Juni an im Bereich der OEEC auf einen Liberalisierungssatz von 60 Prozent zurückzukehren. Unterdessen wurden neue Massnahmen zur Exportförderung ergriffen, indem den Exporteuren Steuererleichterungen gewährt wurden; ferner erfuhr der Anteil der Deviseneinnahmen aus Exportgeschäften, der zum Kauf von Importgütern freigegeben ist, eine Aufrundung. Was die europäische Freihandelszone betrifft, so bleiben die französischen Vorbehalte beträchtlich.

### Persien

Wie verlautet, ist für die Einfuhren im Finanzjahr 1958 (21. März 1958 bis 20. März 1959) ein Devisenplafond von 25 Milliarden Rial festgesetzt worden, was dem Umfang der tatsächlichen Einfuhren im Vorjahre entspricht. Damals betrug dieser Plafond nur 7 Milliarden, sodass er in Wirklichkeit wesentlich überschritten wurde. Auch diesmal rechnet man im Handelsministerium wieder mit einer starken Ueberschreitung, doch soll die bisherige liberale Einfuhrpolitik weitergeführt werden, wobei allerdings von einer Erhöhung der sogenannten Handelsgewinnsteuer auf gewissen Positionen die Rede ist.

### Höhere Zölle für Textilien in Venezuela

Gemäss einer im venezolanischen Amtsblatt vom 20. März 1958 veröffentlichten Resolution des Wirtschaftsministeriums würde die Nomenklatur des Kapitels Textilien des venezolanischen Zolltarifs zum Teil geändert, und eine ganze Anzahl von Zollansätzen wurde erhöht. Datum für das Inkrafttreten des neuen Regimes ist der 7. Mai 1958.

### Aufbau einer pharmazeutischen Industrie in Irak

Die kürzliche Eröffnung der Iraqui Pharmaceutical Ind. Co. markiert einen wichtigen Schritt auf dem Weg zum Aufbau einer irakischen pharmazeutischen Industrie. Die Aktivität der neugegründeten Gesellschaft ist eine doppelte, erstens fabriziert sie auf Grund von Lizenzverträgen Erzeugnisse der Union Chimique Belge, sowie der Firmen Boots Pure Products und der British Schering Co.; zweitens wird das Unternehmen eigene Produkte auf den Markt bringen.

Um den neuen Industriezweigen den Start und die Konkurrenz mit dem Ausland zu erleichtern, ist ein Gesetz ausgearbeitet worden, das der pharmazeutischen Industrie besondere Erleichterungen verspricht.



Liebe Leserfreunde,

Die überzeugende Verbundenheit der Auslandsschweizer mit ihrer Heimat reflektiert in verschiedenen Tatsachen, die wir nicht aufzählen, aber als Basis nehmen wollen für die ihnen reservierte Seite in der "B. Z. am Montag". Es ist wohl keine Schweizerzeitung und darum wollen wir ja auch an unserem traditionellen Standpunkt festhalten und unsere Nachrichten auf die lokalen Geschehnisse in der Schweiz beschränken. Wir wollen somit weder schimpfen, noch zu laut "bravo" schreien, sondern objektive Begebenheiten aus Stadt und Land nüchtern aufzählen. Sicher erhalten ja viele hier ansässige Schweizer ihre bestimmte Zeitung und selbst wenn es nur ein "Käseblatt" sein sollte, freuen sie sich, aus ihrem Kanton oder ihrer Gemeinde die neuesten Nachrichten zu erfahren. Jedoch ein grosser Teil hat dieses Privileg nicht, und damit solche sich nicht einsam fühlen sollen, haben wir an diese Schweizerseite gedacht.

Der Schweizer ist bekannt als Kritiker — also dann los mit Ihren Wünschen und Beschwerden. Sollte Ihnen etwas an der Seite nicht gefallen oder haben Sie bessere Ideen, so sind wir für alle Vorschläge nur zu Dank verpflichtet. Aber bitte keine politischen Wünsche anbringen — wir wollen auch hier neutral bleiben. — Immerhin, wenn Duttweiler etwas gutes für die Allgemeinheit durchgesetzt hat oder ein rechtgesinnter Nationalrat Vorschläge, die alle interessieren, unterbreitet — dann kann man ja eine Ausnahme machen und dies als innenpolitische Angelegenheit einflechten. — Aber nur nicht schimpfen, wir alle schimpfen nur zu viel und das soll für die Nerven absolut nicht zu empfehlen sein.

DIE REDAKTION

## Die Schweiz auf der Weltausstellung in Brüssel

Entsprechend der Devise der Brüsseler Weltausstellung "Technik im Dienste des Menschen" zeigt die schweizerische Aluminiumindustrie im Schweizer Pavillon, wie die moderne Technik ermöglicht hat, das Aluminium zum wichtigsten Gebrauchsmetall neben dem Eisen zu machen. In der Schweiz wird Aluminium auf den verschiedensten Gebieten verwendet, und pro Kopf der Bevölkerung steht sie bei der Verwendung von Leichtmetall an zweiter Stelle nach den Vereinigten Staaten.

Die Fassade des Schweizer Pavillons besteht aus Glas und Aluminium. Die Kollektivausstellung des Vereins schweizerischer Aluminiumindustrieller erinnert an die Pionierleistungen des Schweizer Aluminiums, seit im Jahre 1888 in Neuhausen die erste Aluminiumhütte Europas gebaut worden ist, bis zu, der im Jahre 1946 erfolgten Erfindung des Aluminium-Sinter-Werkstoffes mit hoher Wärmeleitfähigkeit und der mannigfachen Verwendung dieses verformbaren, leichten, festen und gesunden Metalls.

Neben der offiziellen Beteiligung der Schweiz an der Weltausstellung in Brüssel haben zwei schweizerische Weinhandelsfirmen aus der Waadt und aus Graubünden die Initiative ergriffen, um für typische Spezialitäten unseres Landes zu werben. Sie haben im Lunapark der Ausstellung ein Schweizer Chalet errichtet, in dem Spitzenprodukte unserer nationalen Gastronomie dargeboten werden. Auf fünf Lastwagen mit Anhängern wurde das in Monthey gefertigte Haus nach Brüssel verfrachtet. Ein Stab von über 50 Personen aus der Schweiz wird für die Zubereitung und den Service der welschen und bündnerischen Spezialitäten besorgt sein.

## Die Schweiz und das GATT

Im September ist das Gesuch der Schweiz, dem GATT zunächst einmal als assoziiertes Land beizutreten, von den Vertragspartnern gutgeheissen worden, doch wurde damals abgemacht, dass der Anschluss als assoziiertes Mitglied erst auf Grund von Zollverhandlungen mit den GATT-Ländern inkraft trete. Diese Besprechungen werden nun auf Grund des neuen schweizerischen Regierungsentwurfes in Genf beginnen.

Von den 37 dem GATT angeschlossenen Ländern haben sich bis jetzt 17 für Besprechungen mit der Schweiz angemeldet, nämlich: die Deutsche Bundesrepublik, Oesterreich, die Benelux-Länder, Dänemark, die Dominikanische Republik, Finnland, Frankreich, Indien, Italien, Japan, Norwegen, Grossbritannien, Schweden, die Tschechoslowakei und die Türkei. Unter den Verhandlungspartnern befinden sich auch alle 6 Länder des Gemeinsamen Marktes. Es fehlen die Vereinigten Staaten, was darauf zurückzuführen ist, dass die dem amerikanischen Präsidenten gemäss Trade Agreement Extension Act zustehenden Zollsenkungskompetenzen Ende Juni 1958 ablaufen. Sie betragen ursprünglich insgesamt 15 Prozent (jedes Jahr 5 Prozent) und machen für 1958 nur noch 5 Prozent aus. Diese Zollsenkungsvollmacht ist vor nicht langer Zeit in den schweizerisch-amerikanischen Verhandlungen über die amerikanischen Gegenleistungen zum Ausgleich der Erschwerung der schweizerischen Uhrenlieferungen bereits weitgehend ausgenutzt worden.

Die genannten verhandlungsbereiten Länder haben der Schweiz nunmehr ihre Begehrenliste für Zollreduktionen eingereicht. Diese Begehren, die über 1000 Positionen umfassen, sind z. B. sehr zahlreich von der Deutschen Bundesrepublik erhoben worden, wobei es sich vor allem um Industrieerzeugnisse, vor allem landwirtschaftliche, umfasst. Da die vereinbarten Zollermässigungen allen GATT-Ländern (auch den an den Verhandlungen in Genf nicht beteiligten, soweit diese damit einverstanden sind), zugute kommen, könnte es möglich sein, dass sich die Länder des Gemeinsamen Marktes darauf einig haben, dass sie auf industriellen Gebieten vor allem Deutschland verhandeln lassen. Bei Frankreich spielt vielleicht auch die Absicht eine Rolle, wenig zu verlangen, um nicht viel geben zu müssen. Die Forderung auf Harmonisierung der Zölle von Niedrigzoll-Ländern nach oben im Rahmen der Europäischen Freihandelszone steht dem Ziel von Zollreduktionen im GATT, die den schweizerischen Aussentarif betreffen, ohnehin entgegen. Was die Länder des Gemeinsamen Marktes anbelangt, so muss auf Grund ihrer individuellen bisherigen Tarife verhandelt werden, da der neue Zolltarif des Gemeinsamen Marktes noch nicht besteht und erst später schrittweise in Kraft tritt.

Die Schweiz hat den 17 Ländern Arbeiter), eine Erhöhung um 4,1% auch ihre eigenen Ermässigungswünsche zukommen lassen, die in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden und einzelnen Unternehmen aufgestellt wurden.

Zu Beginn der Genfer Verhandlungen werden Offerten zu den erhaltenen Begehrenlisten ausgetauscht werden, was als formelle Erklärung gilt, dass die betreffenden Länder nun für die Aufnahme von Besprechungen bereit sind. Es ist möglich, dass mit einzelnen Staaten die Auseinandersetzungen erst nach dem Verhandlungsbeginn eintreten werden; die Zollverhandlungssessionen des GATT können sich, wie die Erfahrung lehrt, über viele Wochen hinziehen.

In Genf wird nun der neue schweizerische Zolltarif als Regierungstarif zunächst der internationalen Erprobung ausgesetzt. Es wird sich zeigen, wie weit die neuen Ansätze heruntergehandelt werden. Dem Bundesrat soll gemäss Entwurf das Recht zustehen, nötigenfalls aus eigener Kompetenz weitere Reduktionen der neuen Zölle zu fassen. Der Gesetzesentwurf wird darauf parlamentarischer Behandlung unterliegen.

Was das weitere Vorgehen für den allfälligen Anschluss der Schweiz als Vollmitglied des GATT betrifft, so wird das Ergebnis der Zollverhandlungen in einem Protokoll mit einer bereits genehmigten Erklärung niedergelegt, die die schweizerischen Vorbehalte hinsichtlich des vollständigen Verbotes aller Einfuhrbeschränkungen und der Mitgliedschaft beim Internationalen Währungsfonds enthält. Diese Erklärung soll während einer Periode von zwei Jahren nach Ratifikation in Kraft bleiben und nochmals verlängert werden können. In der Zwischenzeit wird die Schweiz versuchen müssen, zu einer definitiven Regelung mit den GATT-Vertragsparteien zu gelangen, die es ihr ermöglichen soll, Vollmitglied zu werden. Aufgrund eines Beschlusses der Vertragsparteien unmittelbar nach Unterzeichnung dieser Erklärung wird die Schweiz eingeladen werden, schon von diesem Zeitpunkt an in vollem Umfang an den Arbeiten des GATT teilzunehmen.

## LÖHNE BLEIBEN IN BEWEGUNG

### Erneuter Anstieg der Nominal- und Reallohne im Jahre 1957

Noch liegen die Gesamtergebnisse der Lohn- und Gehaltserhebung des Biga, die in gewohnter Weise im Monat Oktober 1957 durchgeführt wurde, nicht vor. Doch vermitteln die in den letzten vier Heften der "Volkswirtschaft" veröffentlichten Resultate für die Mehrzahl der erfassten Industriezweige bereits deutliche Hinweise auf die Lohnentwicklung während der vorangegangenen zwölf Monate. Die entsprechenden Angaben sind um so schlüssiger, als sie sich auf beinahe 440.000 von insgesamt etwa 550.000 in die Erhebung einbezogene Arbeiter erstrecken.

### Arbeitslohn und Arbeitsverkürzung

Vom Oktober 1956 bis zum Oktober 1957 sind die Stundenverdienste für erwachsene männliche Arbeitskräfte (Gelernte, Angelernte und Ungelernte im gewogenen Durchschnitt), in der Maschinen- und Metallindustrie um 15 Rp. bzw. um 4,9% auf Fr. 3.22 gestiegen, in der Uhrenindustrie und Bijouterie um 15 Rp. bzw. um 4,1% auf Fr. 3.82 und in der Textilindustrie um 9 Rp. bzw. 3,3% auf Fr. 2.80. In der chemischen Industrie erhöhte sich der Verdienstdurchschnitt um 18 Rp. oder 5,5% auf Fr. 3.48, in der Bekleidungs- und Ausrüstungsindustrie um 13 Rp. oder 4,4% auf Fr. 3.07, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie um 11 Rp. oder 4,0% auf Fr. 3.11, im graphischen Gewerbe um 14 Rp. oder 3,8% auf Fr. 3.82 und in der Industrie der Steine und Erden um 10 Rp. oder 3,5% auf Fr. 2.92. Im gewogenen Mittel dieser Branchen belief sich der Zuwachs von Oktober 1956 bis Oktober 1957 auf 4,5% während im Vorjahre (für sämtliche von der Erhebung erfassten erwachsenen

Arbeiter), eine Erhöhung um 4,1% und vor zwei Jahren eine solche um 2,8% zu konstatieren war. Das Tempo des Lohnanstieges hat sich für das männliche Arbeiterpersonal also sichtlich beschleunigt. Freilich ist dazu zu bemerken, dass sowohl in der Maschinen- wie in der Uhrenindustrie und im graphischen Gewerbe ungefähr die Hälfte der nominellen Lohnzunahme, nämlich rund 2%, eine Folge der vertraglichen Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 48 Stunden auf 47 Stunden ist.

### Die verbesserten Frauenlöhne

Bei den erwachsenen weiblichen Arbeitskräften war von Oktober 1956 bis Oktober 1957 eine Erhöhung der mittleren Stundenverdienste um 5,6% in der Maschinen- und Metallindustrie, um 5,4% in der Uhrenindustrie, um 3,2% in der Textilindustrie, um 4,4% in der Chemie, um 4,3% in der Bekleidungs- und Genussmittelindustrie und um 3,7% im graphischen Gewerbe zu verzeichnen. Im gewogenen Mittel aller bisher vorliegenden Branchenergebnisse stiegen die Frauenlöhne um 4,3% gegenüber 4,8% im Vorjahre und 2,2% im Jahre 1955 (Oktober 1954 bis Oktober 1955). Auch hier ist in den bereits erwähnten Industriezweigen ein Teil des Verdienstzuwachses der im Jahre 1957 erfolgten Reduktion der Arbeitszeit zuzuschreiben. Hinzugefügt sei, dass die Stundenlöhne des weiblichen Arbeiterpersonals im Oktober zwischen Fr. 2.55 (Uhrenindustrie) und Fr. 1.86 (Nahrungs- und Genussmittelindustrie) schwankten. In der Textilindustrie, die das grösste Kontingent weiblicher Arbeitskräfte beschäftigt, belief sich ihr Stundenverdienst auf Fr. 1.95, in der Bekleidungs- und Ausrüstungsindustrie auf Fr. 1.96.

### Angestellte halten Trend

Beim kaufmännischen und technischen Personal bewegen sich die mittleren Saläraufbesserungen in ähnlichen Grössenordnungen wie beim Arbeiterpersonal. In der Maschinen- und Metallindustrie stiegen die Monatsgehälter der männlichen Angestellten von 937 auf 976 Fr., diejenigen der weiblichen Angestellten von 563 auf 586 Fr., was in beiden Fällen einen Zuwachs um rund 4% entspricht. Um gleichfalls 4% erhöhten sich die Durchschnittsaläre im graphischen Gewerbe, in der Chemie, bei den Elektrizitätswerken, den Gas- und Wasserwerken und den privaten Verkehrsanstalten. Das Personal der Bekleidungs- und Ausrüstungsindustrie wie auch dasjenige der Industrie der Steine und Erden konnte eine Gehaltszunahme um 5% buchen, während die Angestellten des Bank- und Versicherungsgewerbes, der Uhren- und Textilindustrie einen durchschnittlichen Salärzuwachs um 3% erreichten. Bei den kommunalen Verkehrsbetrieben, deren Angestelltenaläre im allgemeinen eher höher sind als diejenigen der privaten Wirtschaft, betrug der Anstieg vom Oktober 1956 bis Oktober 1957 allerdings nur 1,3%.

### Realeinkommenanstieg

#### über 2%

Wenn das Jahr 1957 im Zeichen einer ausgesprochenen Preishausse stand, blieb der Landesindex der Konsumentenpreise bei einem Anstieg um 2,2% vom Oktober 1956 bis Oktober 1957 doch eindeutig hinter den nominellen Löhnerhöhungen zurück. Nach der bekannten Formel, derzufolge die Indexziffer des Reallohnes dem Hundertfachen der Indexziffer des Nominallohnes, geteilt durch die Indexziffer der Lebenskosten, gleichkommt, ergibt sich für die erwachsenen Industriearbeiter männlichen Geschlechts in der Zeit vom Oktober 1956 bis Oktober 1957, bezogen auf den Stundenverdienst, ein realer Einkommenszuwachs um 2%, das heisst gleichviel wie im Vorjahre und fast ebensoviel wie vor 2 Jahren. Für die erwachsenen Arbeiterinnen lässt sich ein realer Einkommenszuwachs von 2,1% errechnen gegenüber 2,8% im Vorjahre und 1,7% vor 2 Jahren. Angesichts der Arbeitszeitreduktion in mehreren Industriezweigen stimmt die Erhöhung des Stundenreallohnes diesmal nicht mehr genau mit der Entwicklung der realen Wochenverdienste überein. Diese sind in den erwähnten Branchen wie, im allgemeinen Durch-

schnitt (soweit die erfolgte Kürzung der Wochenarbeitszeit nicht durch Überstunden kompensiert wurde) weniger stark gestiegen als der reale Stundenverdienst. Dazu ist freilich zu bemerken, dass auch die vermehrte Masse als Verbesserung des Lebensstandards bewertet werden muss, wie denn überhaupt die Arbeiterschaft grundsätzlich vor der Wahl steht, mögliche Erhöhungen der Stundenverdienste in Form einer Vermehrung der Freizeit bei gleichbleibendem Wochenverdienst oder in Form einer Erhöhung des Wochenverdienstes bei gleichbleibender Arbeitsdauer zu beziehen.

## KANTON ZÜRICH

### Hilfe für ungarische Flüchtlinge

Der Regierungsrat unterbreitet dem Kantonsrat den Antrag, für die Fortsetzung der vom Kanton Zürich zu finanzierenden Massnahmen zugunsten der ungarischen Flüchtlinge einen Kredit von 100.000 Franken aus dem Fonds für gemeinnützige Zwecke zu bewilligen. Seine Weisung zu diesem Antrag verbindet der Regierungsrat mit einer zusammenfassenden Berichterstattung über die bisherigen finanziellen Aufwendungen und die Verwendung der Mittel, wie er sie dem Kantonsrat am 11. März 1957 anlässlich eines ersten Kredites von 150.000 Fr. für diesen Zweck in Aussicht stellte. Diese Berichterstattung über die bis Ende 1957 durchgeführten Massnahmen wird ergänzt durch Angaben über die für das Jahr 1958 geplanten Hilfsmassnahmen, die zugleich der Begründung des neuen Kreditbegehrens dienen.

Der vom Kanton in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Flüchtlingshilfe und der Zürcher Frauenzentrale geschaffenen Eingliederungsstelle ist es gelungen, rund 2000 Flüchtlinge im Kanton Zürich zu placieren, wobei aus dieser Tätigkeit 4027 Fr. Kosten erwachsen. An erster Stelle unter den Massnahmen zur geistigen und kulturellen Betreuung werden vier mehrmonatige Deutschkurse erwähnt, die von der Universität gemeinsam mit der ETH organisiert worden sind. Diese Kurse wurden von 60 Studenten besucht, wobei für die Universität 5399 Fr. Kosten entstanden sind. Die Auslaufe für Studienkosten und Lehrmittel für die zu Beginn des Sommersemesters an der Universität immatrikulierten 61 Studenten (Wintersemester 1957/58, 77 Studenten) bezifferten sich bis Ende 1957 auf 46.273 Fr. Da im Sommersemester 1958 die Zahl der immatrikulierten Flüchtlingstudenten auf ca. 90 anwachsen wird, rechnet die Universität für das laufende Jahr mit Kosten von insgesamt 74.000 Fr.

In ähnlicher Weise durch Sprachkurse zur Ermöglichung des Anschlusses an den normalen Lehrgang oder einfach zur sprachlichen Ausbildung sowie durch Bereitstellung von Lehrmitteln und Übernahme der Schulgelder wurden durch die Oberschule in Zürich 30, durch die Handelsschule 40, durch die Kantonsschule Winterthur 30 bis zeitweise 58 und durch das Technikum Winterthur 14 ungarische Schüler gefördert, wobei sich für die Oberschule 19.308 Fr., für die Handelsschule 3.985 Fr., für die Kantonsschule Winterthur 7.468 Fr. und für das Technikum 2.721 Fr. Kosten ergaben. Mit Ausnahme der Handelsschule melden diese Institute einen künftigen Finanzbedarf für ihre Hilfsaktion von 2.000 Fr. (Oberschule), von 18.000 Fr. (Kantonsschule Winterthur) und von 7.000 Fr. (Technikum) an. Für allgemeine Berufsausbildung werden neu 2.000 Fr. eingesetzt.

Schliesslich hat sich der Kanton auch des Gesundheitsdienstes und der Hospitalisierung kranker Flüchtlinge angenommen, wobei er für die Aus- und Weiterbildung von sieben Ärzten 14.547 Franken und für die Hospitalisierung und Behandlung von kranken Flüchtlingen in Sanatorien 20.900 Fr. aufgebracht hat. Der mit dem neuen Kredit zu bestreitende voraussichtliche weitere Bedarf für diese Zwecke wird mit 2.000 Fr. bzw. 18.000 Fr. angegeben.

## DIE NEUEN EINHEITSWAGEN 1. KLASSE DER SBB

Die Schweizerischen Bundesbahnen haben im Rahmen des grosszügigen Erneuerungsprogrammes für das Rollmaterial 150 Wagen 1. Klasse in Auftrag gegeben, die gegenwärtig in Ablieferung begriffen sind. Grundlage der Gesamtkonzeption dieser Fahrzeuge ist der Einheitswagen, wie er aus dem Ideenwettbewerb vom Jahre 1954 hervorgegangen ist.

Die äusseren Merkmale bestehen darin, dass die Einstiege ungefähr in Drehgestellmitte angeordnet sind. Die Vorräume und die Toiletten befinden sich somit an den Wagenenden und bilden mit den Einstiegsplattformen im allgemeinen nicht benutzte Räume, welche bei Zugzusammenschüssen keine grosse Zerstörungsbearbeitung ausserhalb der eigentlichen Passagieräume aufnehmen können. Zudem liegen die beiden grossen Personenabteile praktisch innerhalb der Drehgestelle, also im Bereiche der besten Laufeigenschaften des Wagens. Diese Raumeinteilung, in Verbindung mit einer sehr bequemen Einstiegsrampe und einer niedrigen Höhe der Einstiegsplattform, konnte dank der von der SIG vorgeschlagenen neuen Drehgestellbauart verwirklicht werden. Diese Bauart besteht grundsätzlich darin, dass der Drehgestellrahmen in der Mitte eingezogen, also schäler gebaut ist als bei den Endpartien und dadurch die Treppe ohne Schwierigkeit untergebracht werden konnte.

Für den Reisenden präsentiert sich das Innere des Fahrzeuges gegenüber den bisherigen, ähnlichen Wagen, neuartig und modern. Wie bereits erwähnt, sind Raucher- und Nichtraucherabteile optisch zu einer grossen Einheit zusammengefasst. Die Unterteilung geschieht durch eine Glaswand mit schmalen Tür- und Fenstersprossen. Ferner wird die Grosszügigkeit der räumlichen Disposition durch die Anordnung von Längsgespäckträgern, welche über den Fenstern angeordnet sind, unterstrichen. Die Gesamtlänge dieser Gepäckträger entspricht, abgesehen von den Schirmträgern, genau derjenigen der bisherigen Quergespäckträger. Gegenüber der gewohnten Ausführung ist die Sitzgelegenheit neu entwickelt worden, und zwar unter dem Gesichtspunkt, den Reisenden, vor allem für längere Strecken, mehr Bequemlichkeit und Behaglichkeit zu bieten. Die farbenfrohe Bezugsstoffe, rot für die Raucher- und grün für die Nichtraucherabteile, bringen an und für sich schon eine gewisse Auflockerung und eine leicht einprägsame Orientierungsmöglichkeit. Die Formgebung der Stühle ist neu. Erstmals sind die Sitzkissen unterteilt und sowohl Sitz wie Rückenlehnen verstellbar ausgeführt. Ein in der Armlehne angeordneter Druckknopf löst die Arretierung, so dass der Sitz mit Leichtigkeit, ohne dass man deswegen aufstehen muss, durch Schieben oder Ziehen verstellt werden kann. Die Rückenlehne mit anatomisch günstigere Form sowie das sehr weiche Kopfpolster werden beim Ausziehen des Sitzes in der Neigung ebenfalls verstellt, so dass eine bequeme Ruhelage eingenommen werden kann. Neu ist die Verwendung von Leichtmetall mit anodischer Oberflächenbehandlung für die Seitenpartien der Stühle, welche es erlaubt, versenkbar: Aschenbecher so einzubauen, dass eine Beschädigung des Bezugsstoffes sicher vermieden werden kann.

In Bezug auf die Deckenverkleidung wurde hingegen erstmals vom üblichen Schema abgewichen. Bis jetzt wurde die Decke fast ausschliesslich mit Sperrholz- oder Hartfaserplatten verkleidet und in einem hellen Farbton gestrichen. Besonders in Raucherabteilen zeigte sich, dass eine Verfarbung des Ölanstriches unter dem Nikotineinfluss nicht zu vermeiden war, und dadurch entstanden bedeutende Unterhaltskosten für Reinigung und Neuanstrich. Die Verwendung von Kunststoffplatten mit kratz- oder säurefester Oberfläche konnte einen zweckmässigen und unterhaltsmässig wertvollen Ersatz bieten. Demzufolge wurde die Decke mit vorgebogen verleimten Kunststoffplatten verkleidet, so dass auf einen Anstrich verzichtet werden konnte. Die Reinigungsmöglichkeit ist nun ausserordentlich leicht und die Kratzfestigkeit gewährleistet.





## Schweden Norwegen

DIE "DIENSTPENSION" — NEUWAHLEN ZUM REICHSTAG

Die sozialistische Regierungspartei Schwedens hatte endgültig den 1. Juni für die Neuwahlen zur zweiten Kammer des Reichstags ausgewählt. Man hatte sich ursprünglich auf einen früheren Zeitpunkt, den des umstrittenen Gesetzesvorschlags der Sozialdemokraten über eine obligatorische "Dienstpension" für alle Arbeitnehmer im zuständigen Parlamentsausschuss konnte offenbar nicht rechtzeitig abgeschlossen werden, um den Wahltermin vom 18. Mai einzuhalten. Ein späterer Wahltermin als der 1. Juni hätte sich wiederum, im Hinblick auf die im Juni in Schweden stattfindenden Fussball-Weltmeisterschaften und auch mit Rücksicht auf die dann beginnende Feriensaison, als recht unpopulär erwiesen.

Die Resultate der Neuwahlen am 1. Juni stellten sich wie folgt auf: Sozialistische Partei: 486.759 Stimmen - 12,7%; Liberale Partei: 700.019 Stimmen - 18,2%; Sozialistische Partei: 1.776.666 Stimmen - 46,2%; Kommunistische Partei: 129.309 Stimmen - 3,4%.

ERLEICHTERUNGEN FÜR  
TURISTEN IN  
SKANDINAVIEN

Alle Reisenden, die sich in die skandinavischen Länder begeben, wie Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland, müssen ihren Pass nur einmal bei der Einreise vorweisen. Hingegen müssen die Pässe immer von den Reisenden mitgetragen werden und mit den respektiven Visen der Länder, in welche sie sich begeben, versehen sein.

NEUE SCHWEDISCHE  
FLUGZEUGE

Die J 35A Jagdflugzeuge mit Düsenantrieb, Draken, in Produktion für die schwedische Luftwaffe bei der Saab Aircraft Co., können bis zu einer Geschwindigkeit von 1,8 mal der des Schalles fliegen.

1.300 JOURNALISTEN AUF DER  
FUSSBALL - WELTMEISTERSCHAFT

Mehr als 1.300 Journalisten von 50 verschiedenen Ländern werden ihre Reportagen über die Länderspiele in Schweden aufnehmen. Dieses Ereignis hat natürlich grosses Interesse in der ganzen Welt hervorgerufen. Man hofft damit, dass Schwedens hohes Entwicklungsstadium der Welt bekannt gegeben wird, dessen Schicksal in den Händen der Sozialdemokratischen Partei liegt.

## Dänemark

HOCHSCHULPROFESSOR IN  
AFRIKA

Der dänische Hochschulprofessor Daniel Pedersen und seine Gattin werden demnächst nach Ghana reisen, wo sie als Lehrer an der ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung des neuen afrikanischen Staates teilnehmen werden.

"COCA ... IN DÄNEMARK"

Das dänische Handelsgericht hat die Erlaubnis gegeben, dass gewisse in Dänemark erzeugte Erfrischungsgetränke den Namen "Coca" führen.

KÜRZUNG DER SUBSIDIEN BEI  
EINFLUSS DIE LEBENSKOSTEN

Kürzlich wurden in Norwegen die Subsidien für Margarine und Kaffee eingestellt und die für Milch, Sahne und Butter reduziert, was für die Regierung eine Ersparnis von 162,2 Millionen bedeutet. Neue Kürzungen im Werte von 155 Millionen Kronen sind noch für dieses Jahr vorgesehen. Diese Produktion wird den jetzigen Lebensindex von 155 um 5,2 Punkte erhöhen. Bei 160 Punkten sind die Arbeiter berechtigt, Verhandlungen wegen Lohnerhöhungen einzuleiten.

STUDENTEN VEREINEN SICH,  
UM IHRER UNIVERSITÄT BEI-  
ZUSTEHEN

In einer Audienz unterbreitete eine Abordnung von Studenten aus Oslo dem Präsidenten des Storting (Norwegisches Parlament) einen Beschluss, der die geplante Einschränkung des vorgesehenen Budgets für die Universität Oslo verurteilt. Diese Kürzung wird als "erschreckender Mangel seitens des Staates für die Wichtigkeit der Kultur und der Wissenschaft bezeichnet.

KUNST-FONDS ERREICHT SEIN  
ERSTE MILLION

In den letzten 9 Jahren wurden alle Verkäufe in Kunstausstellungen und Kunsthandlungen mit 3% besteuert, zugunsten eines "Künstler-Fonds", der kürzlich seine erste Million Kronen erreichte. Der Fonds ist zur Förderung der Kunst und Unterstützung armer Künstler bestimmt.

NORWEGISCHE ALTERNATIVE  
FÜR DEN TOTALEN KRIEG

Der Norwegische Ingenieurverein hat an alle Ingenieurvereine der Welt einen Appell gesandt, um "durch eine anschauliche und konkrete Ideendarstellung der Menschheit den Fortschritt zu zeigen, den die moderne Wissenschaft und Technik innerhalb der Grenze des Möglichen gebracht hat" — falls die atomische Bombe nie gebraucht wird.

Der Appell wurde nach einer von Prof. Dr. Edgar Schieldrop im Ingenieurverein vorgetragene Idee ausgearbeitet und wird, in 6 Sprachen übersetzt, an Ingenieurvereine auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs geschickt.

IBSEN IMMER AKTUELL

"Baumeister Solnes" von Henrik Ibsen wurde neulich in der englischen Television vorgeführt; "Kleiner Eyolf" hatte eine gutgelungene Premiere in London; "Ein Volksfeind" wird in einer Tournee durch England vorgeführt und in Paris hat soeben die Premiere von "Peer Gynt" stattgefunden.

PRINZ AKSEL VON DÄNEMARK  
IN PEKING

Prinz Aksel von Dänemark, der zurzeit als Gast des Chinesischen Instituts für Aussenpolitik in Peking weilte, wurde von Chou-En-Lai in Anwesenheit des dänischen Gesandten empfangen.

REKLAME IN DER TELEVISION

Bis jetzt gab es in der dänischen Television keine Reklame, aber Direktor Fabricius vom dänischen Propaganda- u. Reklameverband meint, dass dies auf die Dauer nicht möglich sein wird.



## Holland

PRINZESSIN IRENE - STUDENTIN  
KAUFFREUDIGE TOURISTEN

Offiziell wurde mitgeteilt, dass Prinzessin Irene, 18 Jahre alt, das zweite Mädchen der königlichen Familie Hollands, Königin Juliana und Prinz Bernhard, dem Beispiel ihrer Schwester Beatrix folgen und sich an einer Universität einschreiben wird.

Jedoch wird Prinzessin Irene nicht in Leyden studieren, wie ihre Schwester Beatrix, sondern an der Universität von Utrecht. Wie ihre ältere Schwester wird die Prinzessin Irene Politische Wissenschaften, Rechte u. Ökonomie, sowie die spanische Sprache und Literatur studieren.

HOLLÄNDISCHER GLOCKENTURM  
FÜR KÖLN

Wiederum wurde ein holländischer Glockenturm im Ausland installiert. Diesmal handelt es sich um einen Glockenturm mit 48 Glocken, welcher am Gemeindeplatz in Köln installiert wird.

Die Glocken haben ein Totalgewicht von ca. 25 Tonnen, wobei die grösste Glocke 2,5 Tonnen wiegt und die kleinste ca. 12 kg.

Die grosse Glocke wurde von Bundeskanzler Adenauer der kölnischen Gemeinde offeriert.

DIE HOLLÄNDISCHE EMIGRATION

Im Jahre 1957 emigrierten 30.657 Personen, welche sich in folgende Länder zerstreuten: Kanada mit 11.707 Personen, Australien mit 6.702 Personen, Südafrika mit 1.226 Personen, USA mit 9.364 Personen, Brasilien 197 Personen, Rodésien 274 Personen und andere Länder 120 Personen. Im Jahre 1956 emigrierten 11.788 Holländer, inklusive Frauen und Kinder.

SCHIPHOL

Es wurden bereits die Konstruktionsarbeiten der neuen Flugpiste für Zivil- und Militärflugzeuge mit Düsenantrieb auf dem Flugplatz Schiphol, in Angriff genommen. Es ist vorgesehen, die Flugpiste im Jahre 1960 in Betrieb zu nehmen. Anfänglich wird die Piste eine Länge von 2.400 Metern haben und, wenn die neuen viermotorigen Düsenflugzeuge in Funktion treten, ein Jahr später, wird dieselbe auf 1.200 Meter verlängert.

## Belgien

BELGISCHER PROTEST

Wie ein Sprecher des belgischen Aussenministeriums erklärte, hat Belgien bei der isländischen Regierung gegen ihren "bedauerlichen Beschluss" auf Ausdehnung der Fischereizone auf zwölf Meilen protestiert. Belgien werde die anderen Nordseestaaten, welche dieselben Fischereierechten hätten, konsultieren und mit ihnen über eine Aktion zur Verteidigung ihrer Interessen beraten.

DIE NEUEN BELGISCHEN FERNSEH-SENDER

Der belgische Verkehrsminister Edouard Anseele unternahm mit einem Hubschrauber eine Inspektionsreise zu den vier neuen belgischen Fernsehseindern von je 100 Kilowatt Antennenleistung, die nun die französischen und flämischen Programme ausstrahlen werden. Der Minister bedauerte, dass Belgien infolge der besonderen topographischen Verhältnisse nicht in der Lage ist, die schweizerische Lösung für die Ausstrahlung von Fernsehprogrammen durch einen hochgelegenen Sender anzuwenden, und zu Relaisstationen Zuflucht nehmen muss. Für den westlichen Teil des Landes, in der Hauptsache die flämischen Provinzen Ostflandern u. Westflandern, wurde ein 150-Meter hoher Antennenmast in der westflän-

Die nahe der Grenze liegenden Ortschaften in der Provinz Limburg erhalten seit einiger Zeit einen so regen Besuch aus dem deutschen Nachbarland, dass der Vergleich mit einer Invasion sich gewissermassen aufdrängt. Eine touristische und infolgedessen friedliche Invasion zum Glück, die vor den Zöllnern den nötigen Respekt zeigt und die überlieferten Usancen der Grenzgänge beobachtet. Dies gilt namentlich für den Rückweg und den deutschen Beamten gegenüber, denn diese Touristen nehmen die Schönheit der Landschaft und die Merkwürdigkeit historischer Baudenkmäler eher als Zugabe denn als Ziel und Zweck ihrer Reise; ihr Sinnen und Trachten geht auf stofflichere Dinge; zum Beispiel Butter. Zu Tausenden kommen die Deutschen jeden Tag über die Grenze; Zehntausende sind es an Samstagen, die ihre Schritte, an alten Rathäusern und ehrwürdigen Kirchen vorbei, zu den Ladengeschäften, die Butter feilhalten, lenken. Manchmal, vor Festtagen etwa, stehen die "Touristen" in langen Reihen, die oft genug bis auf die Strasse reichen, vor den Kaufläden, und da viele Deutsche in ihren Wagen fahren, geraten die holländischen Ortschaften, die auf einen solchen flutähnlichen Zuwachs nicht eingerichtet sind, in Bedrängnis.

NIEDERLÄNDISCHE DAMMBAU-PROJEKTE

Die Erste Kammer des holländischen Parlaments genehmigte kürzlich oppositionlos eine Vorlage über den "Deltaplan", das grösste Wasserregulierungsprojekt in der Geschichte der Niederlande und vermutlich der ganzen Welt. Der Plan sieht den Bau von vier riesigen Dämmen mit einer Gesamtlänge von 10 Kilometern vor. Sie sollen die Meeresarme in Südholland schliessen. Die heute bereits bestehenden Dämme mit einer Gesamtlänge von 700 Kilometern werden dann eine zweite Verteidigungslinie gegen das Meer bilden. Transportminister Jacob Algera, der auch für die Wasserwege verantwortlich ist, erklärte, die Behörden hofften, der vorgesehene Dammbau werde Katastrophen wie diejenige von 1951, bei welcher 1800 Personen ertranken, vermeiden können. Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich auf 2,4 Milliarden Gulden.

drischen Ortschaft Ruiselede errichtet, wo sich auch die Funksender für den Überseeverkehr befinden. Für die östlichen Landesteile, die Provinzen Lüttich und Luxemburg, erstellte man den neuen auf einer Anhöhe des rechten Maasufers bei Lüttich-Ougrée. Für die mittleren Landesteile, die Provinzen Brabant, Namur und Hennegau, verwendete man die hohen Antennenmasten der beiden belgischen Landessender bei Wavre (Walonisch-Brabant). Diese neuen Anlagen genügen vorläufig, um fast das ganze Land mit einwandfreien Bildern zu versorgen.

DIE PREISE IN BRÜSSEL

Über die Preise an der Weltausstellung in Brüssel ist in vielen Zeitungen schon wiederholt geschrieben worden. Vor allem sei festgesetzt, dass von übersetzten Preisen keine Rede ist, weder in der Ausstellung noch in Brüssel selbst. Wie man sich überzeugen konnte, sind in den vielen Restaurants in der Ausstellung preiswerte Tagesplatten erhältlich. Je nach Fleisch und Beilagen kosten diese sogar weniger als üblich. Die Getränke allerdings sind allgemein etwas teurer. Getrunken wird vorwiegend Bier. Auch Unterkunft, welche in der Stadt selbst schwierig ist, kann in einer ca. 20 km. vom Zentrum vorgelagerten Ortschaft zu anständigen Preisen gefunden werden.



NEUES WAHLGESETZ IN ÖSTERREICH

Die beiden österreichischen Regierungsparteien haben sich bei den gegenwärtigen Koalitionsverhandlungen über die Ausarbeitung einer Novelle zum Wahlgesetz geeinigt, damit im Notfall jederzeit die Auflösung des Parlaments und die Ausschreibung von Neuwahlen erfolgen kann. Der Vizepräsident des Parlaments, Gorbach, und der Zentralsekretär der Sozialistischen Partei, Nationalrat Probst, haben im Plenum einen gemeinsamen Antrag eingebracht, der bereits in der nächsten Sitzung des Verfassungsausschusses behandelt wird. Es wird die Einführung eines amtlichen Stimmzettels beabsichtigt, um die politischen Parteien von der Notwendigkeit zu entlasten, die Kosten des Drucks der Stimmzettel bei jedem Umengang selbst zu bezahlen. Von jeder Partei soll künftig die Hinterlegung einer Kautions verlangt werden, wenn sich dieselbe um eine Vertretung im Parlament bewirbt, damit die willkürliche Aufstellung von Kandidaten eine Erschwerung erfährt. Wenn die Partei ein Grundmandat erhält, so wird die Kautions zurückbezahlt. Um die Koalition in ihrer Entschlussfreiheit nicht zu behindern, soll die Novelle zum Wahlgesetz von den beiden Kammern des Parlaments noch vor den Sommerferien verabschiedet werden.

DEUTSCH-ÖSTERREICHISCHER VERMÖGENSWERTVERTRAG

Am 11. Juni wurde der Mitte Juni letzten Jahres zwischen Österreich und Westdeutschland abgeschlossene Vertrag über die Regelung der vermögensrechtlichen Beziehungen nach einer dreistündigen Debatte mit den Stimmen der Volkspartei, der Sozialisten und der oppositionellen Freiheitlichen Partei gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Die Kommunisten brachten es nur auf zwei Stimmen, also eine verschwindende Minderheit, die in groteskem Missverhältnis zum Aufwand in grossem Masse an Rhetorik und Argumenten stand; hingegen erweckte grosse Heiterkeit die Bemerkung des kommunistischen Abgeordneten, dass Bundeskanzler Adenauer an "Atom-süchtigkeit" leide.

Machunze, Sprecher der Volkspartei, bedauerte, dass die verschiedenen Stimmen in Westdeutschland die Grosszügigkeit der von Österreich angebotenen Lösung noch immer nicht anerkennen wollen. Der Wortführer der oppositionellen Freiheitlichen Partei, Pfeiffer, überraschte allgemein, als er nun plötzlich die zu geringe Berücksichtigung der österreichischen Forderungen durch Westdeutschland beklagte, während seine Partei noch vor einigen Monaten den österreichischen Widerstand gegen verschiedene deutsche Forderungen verurteilte.

LANDESFLUGHAFEN IN  
VORARLBERG

Staatssekretär Franz Grubhofer, in seiner Eigenschaft als Obmann der Landesgruppe Vorarlberg des Österreichischen Aero-Clubs, sprach am "Tag der Luftfahrt" u. a. über das Projekt eines Vorarlberger Landesflughafens. Er betonte, dass dieser Plan die Konkurrenzfähigkeit der Vorarlberger Wirtschaft in einer europäischen Freihandelszone wesentlich stärken könne.

Für die Verwirklichung des Landesflughafenprojektes bestehen zwei Möglichkeiten laut Aussagen Grubhofers: die Mitbenutzung des schweizerischen Flugplatzes Altenrhein oder die Errichtung eines Landesflughafens im sogenannten "Vorarlberger Rheindelta". Ferner sei abzuwarten, ob die Schweiz über ihre prinzipiell bereits erfolgte Zusage hinaus bereit sein würde, dem Vorarlberger Landesflughafen in Altenrhein die angestrebte Exterritorialität zuzugestehen. Ein Vorarlberger Landesflughafen auf Schweizer Territorium sollte so benützt werden können, als ob er im Inland liegen würde, also ohne Zollabfertigung und ohne sonstige Formalitäten.

ZWISCHENFALLE UM OTTO  
VON HABSBURG

Über die Zwischenfälle in Lourdes wurde der Regierung ein Bericht vorgelegt, welcher zur Kenntnis genommen worden ist. Danach ist die Affäre während der offiziellen Pilgerfahrt von 1600 Katholiken nach Sudfrankreich dadurch entstanden, dass einige Organisationen, die gesellschaftlichen Anlässe am Rande der religiösen Feiern veranstalteten, dem Tronpräsidenten Otto von Habsburg die Gelegenheit gaben, bei passenden und unpassenden Anlässen an vorderster Stelle aufzutreten. Man hört vielfach die Meinung, die Zudringlichkeit der Legitimisten schade dem privaten Wunsch des Habsburgers nach baldiger Heimkehr. Immerhin vertritt die "Neue Tageszeitung", das Organ des Bundeskanzlers, die Ansicht, die Regierungskoalition werde das ewige Exil eines Tages doch in irgend einer Form aus der Welt schaffen müssen.

FRÜHJAHRFRISCHE IM  
BREGENZERWALD

Abseits von den grossen international bekannten Skigebieten in Vorarlberg, werden jetzt gern stillere, aber nicht weniger schöne Orte im "Ländle" vom erholungssuchenden Ferienpublikum entdeckt. Da ist es vor allem das Gebiet des Bregenzer Waldes, mit Ortschaften wie beispielsweise Bezau, Au, Schoppernau oder Mellnau, das vor allem geruhesamer Erholung ermöglicht. Hier kann man richtig auf "Frühjahrsfrische" gehen mit der Kombinationsmöglichkeit, einerseits noch ein wenig Wintersport betreiben zu können, andererseits auch schon den Zauber des österreichischen Bergfrühlings zu erleben. Gute Strassenverbindungen, aber auch eine Bahnlinie führen von Bregenz in das hochgelegene, besonders waldreiche Gebiet. Von diesem aus führt dann über Schrücken auch die herrliche Hochtanbergstrasse nach Lech und Zuers am Arlberg.